:antifaschistische nachrichten

Nr. 16

g 3336 9.8.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Immer mehr Immobilienkäufe von Neonazis

BERLIN. Die Zahl der von Neonazis erworbenen und genutzten Immobilien ist in der ersten Jahreshälfte 2007 sprunghaft angestiegen, das geht jedenfalls aus den Zahlen hervor, die eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz zur Frage der Finanzquellen der extremen Rechten veröffentlicht hat. Demnach sind den Sicherheitsbehörden „bundesweit 26 Objekte bekannt, die sich im Eigentum von Rechtsextremisten finden" und als Treff- oder Schulungsorte genutzt werden. In den Antworten auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Linksfraktion hieß es noch im November 2006, der Bundesregierung seien rund 20 solcher Immobilien bekannt (Drucksache 16/3706). Im Laufe eines halben Jahres sind also sechs Immobilen der rechten Szene hinzugekommen – und hier ist nicht mal der jüngste Kauf eines 20 Hektar großen Anwesens durch den NPD-Kader Andreas Molau in Brandenburg eingerechnet.

Die Zahlen machen auf erschreckende Weise die nachhaltige Verankerung der Naziszene in den Regionen der Bundesrepublik deutlich. Die Immobilien dienen als Anlaufpunkte der Szene vor Ort und sollen die NPD von öffentlichen Räumen und damit auch öffentlichen Protesten unabhängig machen. Die staatlichen Behörden scheinen machtlos gegen dieses Treiben zu sein – leider aber auch oft ahnungslos. Hier frage ich mich, welchen Wert eigentlich die angeblich so wichtige Arbeit der V-Leute in der NPD hat? Ihr einzig öffentlich bekannt gewordener Effekt war das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens. Die weitere Verfestigung der NPD scheinen sie in keiner Weise zu behindern.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE
http://www.ulla-jelpke.de
http://www.linksfraktion.de ■

Inhalt:



Bei vielen antifaschistischen Protesten ist die Verbotsforderung inzwischen präsent. Beispiel in Frankfurt: Demoblock zum Westbahnhof mit nonpd-Transparent an der Spitze

Schon 100 000 Unterschriften für ein Verbot der NPD

Unterschriften von 100.000 Bundesbürgern hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im Rahmen ihrer Kampagne „NPD-Verbot jetzt!" bisher gesammelt.

In einem Schreiben wenden sich die Unterzeichner an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und fordern die Aufnahme eines neuen Verfahrens zum Verbot der NPD. Das Ziel von 100000 Unterschriften – ursprünglich für den 9. November 2007 anvisiert – konnte auf Grund der großen Resonanz und breiten Unterstützung bereits nach sechs Monaten erreicht werden. Ein weiterer positiver Aspekt: Es ist gelungen, alle Kräfte im Land zusammenzuführen und zu bündeln, die für ein neues Verbotsverfahren eintreten. Beteiligt haben sich neben den VVN-BdA-Kreisvereinigungen u. a. Mitglieder aller Parteien, der DGB, die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuss (NGG), ver.di, IG Metall sowie die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW), Mitglieder aus katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, Ausländerbeiräte und Initiativen gegen Rechts, Jugendorganisationen wie die Falken, solid und die SDAJ sowie zahlreiche Einzelpersonen.

Der große Erfolg hat die Initiatoren und Macher zu neuen Zielen angespornt. Bis zum 9. November sollen nun 150 000 Unterschriften gesammelt werden. Mit einem bundesweiten Aktionstag am 1. September unter dem Motto „100 mal nonpd" wird die letzte Kampagnenrunde eingeleitet. An rund 100 Orten werden Unterschriftensammlungen und Veranstaltungen zum Thema stattfinden

Zu einer zentralen Drehscheibe für die Kampagnen-Aktivitäten hat sich die Homepage **www.npd-verbot-jetzt** entwickelt. Sie weist nicht nur den aktuellen Stand der Unterschriftenaktion aus, sie kann auch für Unterschriften, Materialbestellungen oder interessante Hintergrundinformationen genutzt werden. Seit kurzem ist auf ihr der Brief an die Bundestagsabgeordneten in acht Sprachen (englisch, französisch, spanisch, italienisch, türkisch, russisch, griechisch und polnisch) herunterladbar.

Zu den zahlreichen prominenten Unterzeichnern sind weitere hinzugekommen, u.a. IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters, der Schauspieler und Autor Ilja Richter, der Schauspieler Erwin Geschonneck, der Schriftsteller Günter Görlich und der Maler Walter Womacka.

Berlin, 26. Juli 2007
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de,
Internet: www.vvn-bda.de ■

„Lebensschützer" verurteilt

Erlangen. Im Juni wurde der Erlangener Theologe Dr. Johannes Lerle wegen „Volksverhetzung" zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Amtsgericht in Erlangen wirft dem Theologen vor, „durch öffentliche Leugnung und Verharmlosung des Holocausts den öffentlichen Frieden gestört zu haben". Lerle, der Schwangerschafts-abbrüche mit dem Massenmord in Auschwitz gleichsetzt, hatte in einer veröffentlichten Schrift u.a. über das „vermeintliche Unrecht in Auschwitz" geschrieben. Als straferschwerend sah es das Gericht an, dass Lerle wegen der Beleidigung von namentlich genannten Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornahmen, bereits sechsmal verurteilt wurde. Lerle hatte – laut „Deutsche Nationalzeitung" (29-2007) – vor dem Prozess u.a. den Sohn des DVU-Chefs Frey, Gerhard Frey junior, angerufen und ihn gebeten, über seinen Prozess zu berichten. Schon in der Vergangenheit war Lerle mit Leserbriefen in dem DVU-Blatt aufgefallen.

2004 verglich er dort das Verhalten amerikanischer und britischer Soldaten im Irak „mit deren Umgang mit den besiegten Deutschen". In einem Leserbrief im NPD-Organ „Deutsche Stimme" sprach sich Lerle im November 2000 gegen ein Verbot der neonazistischen Partei aus. Seiner Meinung nach „müßten vor allem die Parteien verboten werden, die die grundgesetzwidrige Abtreibung zur gesellschaftlichen Aufgabe aufgewertet" hätten. Zu diesen Parteien zählt Lerle „auch die CSU, nicht aber die NPD".

Lerle ist der Sohn des 1915 geborenen Theologieprofessors Ernst Lerle. Der evangelische Theologe lehrte zuletzt 14 Jahre an der Hochschule in Basel. Anfang 1998 gab er der „Deutschen Wochenzeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview. Im gleichen Jahr wurde in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" ein Beitrag von Ernst Lerle veröffentlicht. Den „gelegentlichen Mitarbeiter" der Zeitschrift sah man zuletzt bei einem Vortrag, den „Nation und Europa"-Mitherausgeber Harald Neubauer „vor einer Burschenschaft in Erlangen" hielt, hieß es im April 2000 in „Nation und Europa"

hma ■

Ein Preis für Ilgner

Recklinghausen/Rinteln. Der langjährige Herausgeber des revanchistischen und geschichtsrevisionistischen Wochenblattes „Der Schlesier/Breslauer Nachrichten", Hans-Joachim Ilgner, wurde am 7. Juli in Rinteln mit dem „Kulturpreis" der „Erika-Simon-Stiftung" ausgezeichnet. Ilgner habe sich, so die Stiftung, „durch seinen jahrelangen mutigen Einsatz für die geschichtliche Wahrheit über das Schicksal Schlesiens" verdient gemacht.

Die Laudatio auf Ilgner hielt Karl-Ernst Lober, Ende der 60er Jahre Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Schleswig-Holstein und regelmäßiger Autor in „Der Schlesier".

Über 800 Glückwünsche für Ilgner hatten dessen Anhänger u.a. auf dem jüngst stattgefundenen Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien" in Hannover gesammelt. Zu den Unterzeichnern gehörten Vertreter von Gliederungen der „Landsmannschaft", des „Bund der Vertriebenen" und kulturelle Gruppen der Schlesier wie z.B. der langjährige Vorsitzende der Schlesier in Köln, Franz Kurzidium. Unterschrieben haben auch vier der Jury-Mitglieder der „Erika-Simon-Stiftung". So das Ehrenmitglied der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM), Gabriele von Altrock (Frankfurt/Main), Prof. Dr. Klaus Sojka, ab 1999 zeitweise im Bundesvorstand der DVU, der langjährige Chef des „Deutschen Freundeskreises" im polnischen Katowice, Blasius Handschuh, sowie der Präsident des „Traditionsverbandes der 8. schlesischen Infanterie- und Jäger-Division".

Gegründet wurde die „Erika-Simon-Stiftung" zur „Unterstützung des Erhaltes des deutschen Kulturerbes in Schlesien" im Jahre 1995 von dem 1914 geborenen Rinteler Unternehmer Gerhard Simon. Den hatte Laudator Lober am Vorabend einer Mitgliederversammlung des Vereins „Haus Schlesien" in Königswinter kennen gelernt. Im Jahr 2000 schied Simon, „Kriegsfreiwilliger der ersten Stunde", als persönlich haftender Gesellschafter aus seiner Firma aus. Heute wirkt Simon als 1.Vorsitzender der Stiftung, dessen Stellvertreter Dr. Gerhard Kaske ist.

Den mit 10 000 Euro dotierten Preis dürfte Ilgner gut gebrauchen können. 2004 wurde er in einem Prozess wegen „verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen" zu einer Geldstrafe über 2500 Euro verurteilt. Ilgner hatte einen Durchsuchungsbefehl im Rahmen eines Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen „Volksverhetzung" veröffentlicht. Ein vorheriges Strafverfahren war gegen Zahlung einer Geldbuße über 5000 DM eingestellt worden. Ilgner hatte Werbung für ein Pamphlet eines Altnazis in sein Blatt aufgenommen, in dem der Holocaust geleugnet wurde.

hma ■

„JF" hat Pläne

Berlin. In einem Brief an die Leser der Zeitung stellte „Junge Freiheit"-Chefredakteur Dieter Stein im Juli einen Entwicklungsplan für die nächsten fünf Jahre vor. Bis 2011 sollen jährlich 250.000 Euro in die Werbung neuer Abonnenten investiert werden. Damit soll die Zahl der Abonnenten bis Ende 2011 auf 23000 verdoppelt werden (derzeitige Druckauflage: 20000). Angedacht ist u.a. eine „Beilagenwerbung in Medien mit konservativer Leserschaft", „Direktwerbemaßnahmen an konservative Adressendatenbanken", „Banner und E-Post-Kampagnen im Internet" sowie „Bekanntschaftswerbung durch die bestehenden JF-Abonnenten und Freunde".

Angesichts antifaschistischer Aktivitäten gegen den Kioskvertrieb der Zeitung ruft Stein zur Unterstützung der Steigerung der Abonnentenzahl auf. Eine Abokampagne soll bis zum 31.12.2007 2500 neue Abos bringen. Auch um neue Kommanditisten (Mindesteinlage: 5000 Euro) wird geworben. Seit 1993 seien „der Kommanditgesellschaft des Verlages über 300 Leser als Kommanditisten beigetreten" und hätten „inzwischen 1,7 Millionen Euro Haftungskapital gezeichnet". Seit 1996 hätten bis heute „über 4000 Förderer" 3,5 Millionen Euro für „Überleben und Ausbau" der Zeitung gespendet.

hma ■

Nun auch Naziladen in Schwerin

Schwerin. Vor etwa 10 Wochen eröffnete in der Wismarschen Str. 272 in Schwerin der „Thule-Store". Damit hat auch die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern „ihren" Naziladen. Weitere Nazishops gibt es unter anderem in Rostock, Anklam, Stralsund, Wismar und Neubrandenburg. Bisher sind kaum Kunden im Thule-Store zu sehen. Was aber auch nicht verwundert, erwirtschaftet der Thule-Store doch wahrscheinlich den Großteils seines Geschäftes über den Online-Versandhandel.

So kann man auf der Homepage Damen- und Herrenbekleidungen sowie CD's erstehen. Shirts von Thor-Steinar und Hate-Hate mit Aufdrucken wie „Spezialist für Körperverletzung" oder „NSpirit 1930-01-30" oder CD's von „Lunikoff-Verschwörung". Der Sänger Michael „Lunikoff" Regener, Kopf der bekannten Naziband „Landser", sitzt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung noch bis 2008 in der JVA Tegel.

Interessanterweise werden Besucher der Homepage darauf hingewiesen, dass Produkte von V7-Versand und dem H8-Store nicht mehr vertrieben werden. Beide Verlage sind in Westmecklenburg ansässig und gehören zum Umfeld von Phillip Schlaffer aus Wismar. Schlaffer hat im April den von ihm geführten H8-Store in

Wismar abgegeben. Grund waren laut „Blick nach Rechts“ Bedrohungen aus der rechten Szene gegenüber Schlaffer. In Boykottaufrufen auf einschlägigen Homepages wird Schlaffer vorgeworfen, nur Geschäfte machen zu wollen und nicht für die „nationale Sache“ einzustehen.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

Neonazi Worch sagt langfristig Aufmärsche ab

LEIPZIG. Nach dem peinlichen Auftritt der Neonazis in Leipzig am Samstag, den 21. Juli (es kamen nur ca. 30 Teilnehmer) hat der rechtsextreme Hamburger Organisator Christian Worch offenbar Konsequenzen gezogen: Alle Anmeldungen der bis 2014 geplanten 15 Demonstrationen wurden von ihm zurückgezogen. Dies wurde von der Stadtverwaltung Leipzig laut tagesschau.de vom 23.7.2007 bestätigt.

Leipzigs Bürgerinnen und Bürger können diesen Rückzug der Neonazis durchaus als Erfolg werten. Jahrelang hatten sich in Leipzig alle demokratischen Kräfte den Nazis entschlossen in den Weg gestellt und so auch den ein oder anderen Aufmarsch verhindert.

Neben der vorbildlichen Zivilcourage der Leipziger haben vermutlich aber auch interne Streitereien in der rechtsextremen Szene Worch zur Abmeldung bewogen. In letzter Zeit häufen sich die teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen westdeutschen Größen und neuen Nazis aus Ostdeutschland sowie der NPD und der so genannten freien Szene.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

No pasarán! – Sie kommen nicht durch!

DÜREN. „Kein Platz für Rechtsradikale in unseren Rathäusern!“ – unter diesem Motto ruft das Dürener Bündnis gegen Rechts zu einer Kundgebung und Demonstration am 18. August in der Dürener Innenstadt auf.



„Seit Monaten zeigt die NPD in Düren und Umgebung mit Info-Ständen und Veranstaltungen ihre Präsenz. Die Gründung des NPD-Kreisverbandes ist ein eindeutiges Zeichen, dass die NPD bei den kommenden Kommunalwahlen den ‚Marsch durch die Institutionen‘ beginnen will“ heißt es in einem ersten Mobilisierungsflyer des Bündnisses.
Und weiter: „Es ist ‚Fünf vor Zwölf‘. Wir – das Dürener Bündnis gegen Rechts – rufen zu einer machtvollen und eindeutigen Kundgebung mit Demonstrationszug durch Düren gegen die NPD auf.“

Die Demonstration beginnt am 18. August um 11.30 Uhr auf dem Ahrweilerplatz (Annakirche) in Düren.

Am 15. September 2007 wollen Neonazis unter dem perfiden Motto „Gegen Inländerfeindlichkeit“ durch Düren demonstrieren. Eine Anmeldung der NPD liegt der Dürener Polizei vor, ist aber noch nicht genehmigt.

Es darf nicht sein, dass erstmals seit Kriegsende 1945 wieder Nazis durch die Stadt ziehen und grölend rassistische und ausländerfeindliche Parolen verbreiten.

Die Nazigegner aus Düren sollten sich möglichst schnell zusammensetzen, um über die Gegenwehr gegen den angekündigten Aufmarsch der Neonazis zu sprechen. Von Landrat Wolfgang Spelthahn und Bürgermeister Paul Larue erwarten wir, dass beide alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um eine NPD-Demonstration in Düren zu verhindern. Schließlich gehören sowohl Kreis als auch die Stadt Düren dem Dürener Bündnis gegen Rechts an.

Die Antifa Düren hat bereits erste Schritte unternommen, um gegen das mögliche Auftreten von Neonazis im September massenhaften und entschlossenen Widerstand zu organisieren.

Antifa Düren, 19. Juli 2007 ■

Massive Nazischmierereien in Burg

MAGDEBURG. In der Nacht vom 26.7. auf den 27.7.2007 sprühten Neonazis Hakenkreuze, SS-Runen und andere antisemitische, faschistische und rassistische Sprüche und Zeichen im gesamten Stadtbereich von Burg bei Magdeburg. Schmierereien mit rechtsextremem Hintergrund sind in Burg zwar beinahe Alltag, doch überrascht in diesem Fall das Ausmaß. So wurde das Denkmal der gefallenen sowjetischen Soldaten mit Hakenkreuzen und SS-Runen übersäht, an Litfasssäulen im Burger Goethepark wurden Plakate mit dem Spruch „Antifa Gruppen zerschlagen“ geklebt und am Bahnhof von Burg wird unter anderem auch zum Mord aufgerufen. An Fensterscheiben steht dort in großen Lettern z.B. „Tod allen Linken“ oder „Zecke verrecke“. Auch antisemitische Sprüche wie „Jew Slaughter“ (übersetzt: „Judenschlächter“) und „Fuck Israel“ wurden gesprüht.

Grund für diese Aktion der Nazis ist wahrscheinlich das Bekanntwerden einer Antifa-Demonstration am 11. August 2007 in Burg. Diese Demonstration richtet sich gegen einen zeitgleich angemeldeten Naziaufmarsch des so genannten „Freien Netzes Burg“. Die Rechtsextremen wollen unter dem Motto „Gegen Polizeiwillkür und Staatsterror“ gegen vermeintliche Schikanen gegen ihre Veranstaltungen und die Kriminalisierung ihrer Szene demonstrieren. Lokalen Antifaschisten gilt diese Demonstration als erste Bewährungsprobe des sogenannten „Freien Netzes“, ein Nazizusammenschluss Sachsen-Anhaltischer, Sächsischer und Thüringer Neonazis, dem auch die Burger Kameradschaft angehört. Die neuerlichen Schmierereien waren der Polizei bisher nicht einmal eine Pressemitteilung wert.

Sandra Bergmann, Pressesprecherin des Antifa Infoportal Magdeburg (mag)
Web: www.a-i-p.tk ■

Dürftige Erkenntnisse der Bundesregierung zur „Einstiegsdroge“ Nazimusik

BERLIN. Quartalsweise fragt die Fraktion DIE LINKE nach Erkenntnissen der Bundesregierung über Musikveranstaltungen der extremen Rechten. Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zum zweiten Quartal (BT-Drucksache 16/6056) geht hervor:

Rechtsextreme Musik dient Neonazis bei der Gewinnung Jugendlicher als wichtigste „Einstiegsdroge“. Doch die Antworten der Bundesregierung auf die detaillierten Fragen der Linksfraktion sind mehr als dürftig.

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung fanden von April bis Juni rund 50 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte sowie sechs Liederabende statt. Wo diese stattfanden, will die Regierung ebenso wenig offenbaren, wie die Namen der beteiligten Musikgruppen. Veranstalter waren Aktivisten der regionalen Skinheadszene sowie Kameradschaften, teilweise auch Untergliederungen der NPD und der Jungen Nationaldemokraten heißt es lapidar ohne nähere Aufschlüsselung. An den Konzerten beteiligten sich durchschnittlich 125 Besucher, an den Liederabenden 60.

14 rechtsextreme Konzerte wurde von der Polizei aufgelöst und fünf bereits im Vorfeld verboten oder durch präventive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden verhindert. Bei Konzerten in Kosel (Sachsen-Anhalt) und Gera (Thüringen) wurden Tonträger wegen des Verdachts auf Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen sichergestellt. Um welche Tonträger es ging, sagt die Bundesregierung nicht.

Eine vollständige und detaillierte Auflistung der Veranstaltungen will die Bundesregierung nicht geben, da die rechtsextremistische Szene sonst Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden ziehen könne.

Offenbar hat die Bundesregierung eher Angst, ihre schon bei unserer Großen Anfrage zum Rechtsextremismus zu Tage getretene erschreckende Unkenntnis im Bereich rechtsextremer und neonazistischer Musik zu offenbaren.

Ulla Jelpke, MdB ■

Waffenfunde bei Neonazis

BERLIN. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Waffenfunden bei Rechtsextremen (BT-Drucksache 16/6051) erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke:

In den Jahren 2002 bis 2006 wurden 1343 rechtsextremistisch motivierte Straftaten mit insgesamt 1640 Waffen gemeldet – von Zaunlatten als Schlaginstrument über Reizgas bis zu Schuss- und Kriegswaffen und Sprengstoffen. Bei rund einem Drittel der 257 im vergangenen Jahr von Neonazis mit Waffen begangenen Straftaten handelt es sich um Überfälle.

Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum 125 Brand- und 7 Sprengstoffanschläge von Rechtsextremisten gezählt, bei denen es zu Personen- und Sachschäden kam. Ziele waren unter anderem Asylbewerberheime, von Migranten betriebene Gaststätten sowie Wohnungen und Treffpunkte von Linken und Antifaschisten.

Trotz dieser erschreckenden Zahlen sieht die Bundesregierung hinter den Anschlägen und Gewalttaten keine generelle Strategie der Rechtsextremen.

Obwohl die Bundesregierung zugibt, dass „paramilitärische Wehrsportübungen für einen Teil der rechtsextremen Szene zu den dort üblichen Aktivitäten" gehören, sieht sie auch keine Anhaltspunkte für das Bestehen oder die Herausbildung bundesweiter rechtsterroristischer Organisationen und Strukturen. Einzelne terroristische Aktionen, wie der im Jahr 2003 vereitelte Anschlag auf die Grundsteinlegung für das Jüdische Zentrum in München, könnten allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Die Bundesregierung verharmlost weiter die rechte Gewalt. Zahlreiche bewaffnete Überfälle und Anschläge auf Migranten, Homosexuelle, Behinderte und Linke im ganzen Land sind bereits jetzt Terror. Es ist eine gezielte Strategie zur Einschüchterung und Vertreibung aller, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Neonazis passen, um so genannte „national befreite Zonen" zu schaffen.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der hinter jedem muslimischen Migranten einen potenziellen Terroristen sieht, sollte hier endlich seine Scheuklappen abnehmen.

Die Antwort auf die Anfrage kann auf www.ulla-jelpke.de gelesen werden.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

NPD soll bei Bewährung helfen?

ERFURT. Die Bewährungshilfe Erfurt hat einen Verurteilten an einen von der NPD dominierten Verein vermittelt. Nach Informationen des MDR-Magazins THÜRINGEN EXKLUSIV vom 1.8. wurde er konkret zum Verein „Alleinerziehende in Not" geschickt, um dort gemeinnützige Arbeit abzuleisten. Der Verein wird vom Erfurter NPD-Kreisvorsitzenden Kai-Uwe Trinkaus geleitet und residiert unter der gleichen Adresse wie das so genannte NPD-Bürgerbüro.

Mir fehlen die Worte oder warum kann es so etwas geben???

Simone
Thür.SHG „Soziale Lebenshilfe"
(ehem. Thür. SHG Hartz IV) ■



Proteste gegen Neonaziaufmarsch

JENA. Gegen den Aufmarsch der rechtsextremen NPD am Samstag, 18. August in Jena regt sich zunehmend Protest. Das Bündnis gegen das Heß-Gedenken Jena ruft auf zur antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Meinungsfreiheit für geistige Tiefflieger? Heß-Verherrlichung stoppen!" Mitglieder des Bündnisses werden ab 12.00 Uhr bei der Auftaktkundgebung auf dem Engelplatz (vor der Post bzw. Kulturarena) gegen NS-Verherrlichung, Geschichtsfälschung und alltäglichen Rassismus sprechen. Die Demonstration führt anschließend über eine Zwischenkundgebung auf dem Johannisplatz zurück zum Ausgangsort. „Unabhängig von der laufenden juristischen Auseinandersetzung erwarten wir eine breite Beteiligung der Jenaer Bürger und Bürgerinnen. Wie offen die Stadt Jena jenseits offizieller Verlautbarungen tatsächlich ist, wird daran zu messen sein", sagt dazu Franka Hessler vom Bündnis gegen das Heß-Gedenken. „Die Meinungsfreiheit muß da Grenzen haben, wo die Feinde der Freiheit sich auf sie berufen wollen."

http://jena.antifa.net - Sonderseite mit aktuellen Informationen ■

Wege entstehen dadurch, dass man sie geht

JENA. Im September erwartet die Stadt Jena erneut das „Fest der Völker" der NPD. In einer Erklärung der Jugend-Aktions- und Projektwerkstatt Jena heißt es dazu: „Ein Wunder in Form einer Fußballweltmeisterschaft wird in diesem Jahr ausbleiben und so wird die Stadtverwaltung mit ihren Bemühungen, eine Verbotsverfügung zu erreichen, wohl scheitern. Eine legale Partei, wenngleich unerwünscht, kann das Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen wie jeder Bürger. Und wenn auch die Berichterstatter in der Lokalpresse deutlich mehr Sympathien für die Gegenveranstaltungen aufbringen, kommt man an den Tatsachen nicht vorbei: Es wird ein Großereignis für die extreme Rechte werden, mit Publikum, Rednern und musikalischer Begleitung aus Europa. Es wird ein weiterer Schritt zu einer offen gelebten faschistischen Kultur werden.

Offen dagegen aufzutreten, erfordert Mut, jene Art von Mut, die man mit dem Wort Zivilcourage umschreibt. Denn es kann nicht die Aufgabe allein von städtischer Verwaltung und Polizei sein, die extreme Rechte in die Schranken zu verweisen. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes liegt in der Verantwortung eines jeden Einzelnen, aber einer gemeinsam geteilten Meinung zur Sichtbarkeit zu verhelfen, gelingt nicht allein.

Wir rufen darum zu gemeinsam getragenen, solidarischen Blockaden des von den Rechtsextremisten anvisierten Raumes auf dem Seidelparkplatz auf. Wir möchten mit unserer Anwesenheit deutlich demonstrieren, dass Faschisten nicht erwünscht sind. Wir möchten dafür eine Aktionsform nutzen, die es einerseits vielen ermöglicht teilzunehmen, andererseits jedoch auch deutlich zeigt, dass wir mit den Plänen der NPD nicht einverstanden sind: nicht mit einem jährlichen „Fest der Völker", nicht mit einem rechtsextremen Bildungszentrum, nicht mit ihrer Jugendarbeit. Dafür sind einige grundsätzliche Übereinkünfte nötig:

Das Ziel der Blockaden ist die Verhinderung eines rechtsextremen und gewaltverherrlichenden Großereignisses. Die Blockaden werden durchweg deeskalierenden Charakter haben. Dies dient nicht nur dem Schutz der Teilnehmenden, sondern auch unserem Anliegen, möglichst nahe an den Kundgebungsort heranzukommen und uns bestimmt den Rechtsextremisten in den Weg zu stellen. Damit dies gelingt, ist die Unterstützung vieler Menschen nötig. ... Alle, die sich mit diesen Grundsätzen einverstanden erklären, bitten wir um Unterstützung. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die NPD nicht nur stillschweigend verachtet, sondern ihr auch deutlich gezeigt wird, dass hier kein Platz für sie ist." *JAPS Jena* ■

„Schäuble will Guantanamo-Zustände in Deutschland schaffen…“

Reservistengesetz von SPD und Grünen ist eine Grundlage für gesellschaftliche Militarisierung

Interview mit Ulrich Sander, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und ihres antimilitaristischen Arbeitskreises

Die VVN-BdA fordert ein neues NPD-Verbotsverfahren. Beachtet man die neuesten Vorschläge des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble (CDU), so ist zu fragen: Warum sollte ausgerechnet er dieser Forderung nachkommen?

Wir richten unsere Forderungen an das Verfassungsorgan Bundestag. Wer in Sachen Demokratie und Antifaschismus auf Schäuble baut, ist verloren. Vielmehr muss die Kritik aller Demokraten endlich gegen diesen heimlichen Chef des neuen Reichssicherheitshauptamtes, bestehend aus Armee, Geheimdienste, Polizei, gerichtet sein.

Wie bewertet die VVN die sich gegen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger richtenden Attacken des Bundesinnenministers?

Mit dem G-8-Gipfel und dem erstmaligen Einsatz von Marine, Heer und Luftwaffe plus Bundespolizei und Länderpolizei – keine Waffengattung wurde ausgelassen – sowie mit dem Schäuble-Katalog aus dem „Spiegel“ vom 9. Juli ist eine neue Lage entstanden. Es wurde bekundet:

Der Bundesinnenminister ist bereit, entgegen dem Grundgesetz, Guantanamo-Zustände in Deutschland zu schaffen, staatsterroristischen politischen Mord zu begehen, Straflager einzurichten und das Spitzelnetz mittels Online-Durchsuchungen und Rasterfahndungen immer enger zu knüpfen. Er deutet an, notfalls auch ohne Gesetze zu handeln. Da schlägt das rechte Herz doch höher.

Bereitet Schäuble mit seinen verfassungsfeindlichen Forderungen nicht erst den Boden für die erstarkenden Neofaschisten?

Der Boden ist schon lange bereitet. Schon 1993 wurde das Asylrecht nach den Vorstellungen der „Republikaner“ abgebaut, 1994 – lange vor dem 11. September 2001 – schrieb Schäuble, im Zeichen „weltweiter Wanderbewegungen und internationalen Terrorismus“ verwischten die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, und die Bundeswehr habe im Innern „zur Verfügung“ zu stehen. 1995 verlangte Schäuble den verstärkten Schutz „vor Überwanderung und Überfremdung“. Heute übernimmt die gesamte CDU/CSU die Forderung nach Bundeswehreinsätzen im Innern und Äußern, „am Hindukusch und in Hindelang“.

Wie konnte es dazu kommen?

Nach Ende der Systemauseinandersetzung war der Bundeswehr der äußere Feind abhanden gekommen, aber nicht gelöst war die Frage: Was tun mit dem inneren Feind, mit möglicherweise aufmuckenden unzufriedenen Massen? Dieses Potential war ja noch immer da.

Wie äußert sich das in der Praxis der Bundeswehr?

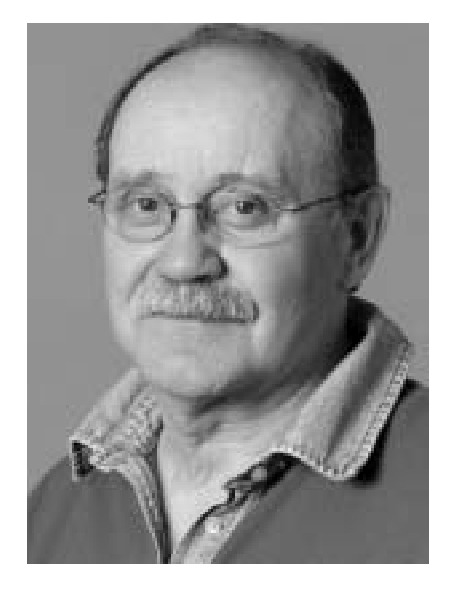
Es wurde mit Hilfe des Reservistengesetzes von Rot-Grün aus dem Februar 2005 eine „Zivil-Militärische Zusammenarbeit Inneres“ aus dem Boden gestampft und jetzt erstmals wirksam. Dazu gehören neue Machtbefugnisse für den ultrarechten Reservistenverband und neue Planstellen für 5500 Offiziere zur Koordination des Einsatzes im Innern.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

In jeder Großstadt und jedem Landkreis wurde der Verwaltung ein „Verbindungskommando“ von zwölf Reserveoffizieren „zur Seite gestellt“. Solche Kommandos können innerhalb von Stunden bundesweit die Reservisten bis zum Alter von 60 Jahren, und davon gibt es ca. fünf Millionen, mobilisieren – und zwar nicht nur in Unglücks- und Katastrophenfällen, sondern auch gegen „den Terrorismus“, wobei in der Bundeswehr zu Terroristen auch immer die Blockierer und Globalisierungsgegner gezählt werden. Der DGB stellte zu Recht die Frage: Und morgen geht’s bewaffnet gegen die Streikenden und die Gewerkschaften?

Inwiefern wäre ein Erfolg der NoNPD-Kampagne auch ein Erfolg gegen die repressive Politik des Bundesinnenministers?

Es wäre zunächst ein Stoppsignal gegeben für die Praxis des Wegsehens gegenüber der rechten Gewalt und den Trägern



dieser Gewalt, vor allem der NPD und der sogenannten Kameradschaften. Denn Schäuble sieht ja überall Terror – nur nicht auf der Seite, wo der täglich auf der Straße praktiziert wird, auf der rechten Seite. Dagegen hält er keine Anti-Terror-Maßnahme bereit.

Die NPD zu verbieten, würde auch bedeuten, den umfassenden rechtsextremen Überwachungs- und Willkürkatalog zu tabuisieren, der von Schäuble geplant wird.

Aber hat es nicht gegen Schäubles „Spiegel“-Interview auch heftige Proteste in der SPD gegeben?

Ich sehe da fast nur Wortgeplänkel. SPD-Chef Kurt Beck sagt, Schäuble solle seine Forderungen auf das Normalmaß zurechtstutzen, und der innenpolitische Sprecher der SPD, Dieter Wiefelspütz, ist sogar dafür, verdächtige Flugzeuge als aggressive Eindringlinge abzuschießen. Dagegen haben sich jetzt Bundeswehrpiloten zu Wort gemeldet. Es müssen sich aber viel mehr Menschen zu Wort melden.

Bundeswehr raus aus Afghanistan ist die Losung. Aber es muss auch heißen: Raus aus Mecklenburg-Vorpommern, Bundeswehr weg vom Hindukusch, aber auch weg von Hindelang und Heiligendamm. Dazu bedarf es der Proteste der Gewerkschaften, der Jugend und Studenten. Ver.di München hat dazu bereits ein Konzept vorgelegt.

Interview: Markus Bernhardt ■

Das folgende Referat von Hedwig Krimmer, ver.di Bayern haben wir den Lokalberichten München 15-2007 entnommen. Es wurde auf einem Treffen des Arbeitskreises „Rettet die Grundrechte – gegen den Notstand der Republik“, ver.di München gehalten.

Je mehr Not – desto mehr Notstand oder: Der Staatsumbau seit 1990

Fast täglich finden wir inzwischen in den Zeitungen Meldungen, die der Grund sind, warum wir hier zusammengekommen sind. Nehmen wir z.B. die Süddeutsche Zeitung vom 4. Juli so finden wir zwei Schlagzeilen:

1. Der Armee-Einsatz in Heiligendamm – Tornados und Spähpanzer wurden bei den Demonstrationen gegen den G 8-Gipfel eingesetzt.

2. Das Bundesverfassungsgericht billigte den Tornado-Einsatz in Afghanistan. Es begründet dies so, dass es sich selbst und das Parlament entmachtet, nämlich: Wenn die Regierung einen Einsatz für rechtens hält, darf man davon ausgehen, dass er auch rechtens ist.

Tags darauf erklärt Angela Merkel, Bundeskanzlerin und oberste Kriegsherrin der BRD, die Schranken des Grundgesetzes in Sachen Bundeswehreinsatz für „Vergangenheit“ und propagiert den schrankenlosen Einsatz der Bundeswehr nach Außen und nach Innen.

Das sind zwei der zahllosen Spitzen, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen und dann auch viele Kolleginnen und Kollegen beunruhigen. Diese Spitzen kommen inzwischen fast täglich, erst gestern wieder die Schlagzeile aller Zeitungen: Schäuble will auf Verdacht potentielle Terroristen und Extremisten einsperren und töten lassen können.

Nun kann man sagen, alles lauter Einzelfälle, zufällige Anhäufungen. Man kann sagen – alles der wahnsinnige Schäuble. (Wobei man hier dann schon sagen müsste: Dann war der Otto Schily auch wahnsinnig. Oder es ist anders herum: Sobald man Innenminister der Bundesrepublik Deutschland wird, wird man offensichtlich wahnsinnig ...)

Oder aber die Sachlage stellt sich so dar: Ist es auch Wahnsinn – so hat es doch Methode. All diese Spitzen – sie sind Spitzen eines Eisberges, der ständig und mehr und mehr diese Spitzen hervorbringt.

Schauen wir uns dazu den Bundeswehreinsatz in Heiligendamm an. Das war nicht Zufall, im Gegenteil: Das war vorher sogar geprobt. Der Norddeutsche Rundfunk berichtete im Vorfeld:

„In diesem Zusammenhang ist für März in Rostock und den benachbarten Landkreisen die erste Sicherheitsübung für den Gipfel in Heiligendamm geplant. Dabei werden das Zusammenwirken von Sicherheits- und Hilfskräften etwa bei Demonstrationen oder Auseinandersetzungen mit militanten Globalisierungsgegnern trainiert, sagte Oberst Manfred Pape als Chef des Bundeswehr-Landeskommandos in Schwein. Bei den Übungen würden auch die neuen zivilmilitärischen Verbindungskommandos einbezogen.“

Kurz zuvor, im Februar ist in der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ ein Artikel vom Oberstleutnant im Generalstab Philipp Leyde zu Übungen der Bundeswehr zu lesen. Auf einem Foto sind Soldaten und Panzerfahrzeuge zu sehen. Die Bildunterschrift lautet: „Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten“. Sämtliche Demonstranten tragen Blaumann. Von wegen Schwarzer Block....

Der Einsatz der Bundeswehr in Heiligendamm war also kein Zufall. Er war die Folge des Konzepts der sog. „zivilmilitärischen Zusammenarbeit“.

Was verbirgt sich dahinter?

Seit Januar 2007 wird der Aufbau eines flächendeckenden militärischen Heimatschutzes von Bundeswehr, Reservisten und zivilen Organisationen vorangetrieben. Allen 16 Landesregierungen stellt der deutsche Generalstab Bundeswehroffiziere zur Seite, sogenannte „Landeskommandos“ – am 18. April in der Münchner Residenz war abgeschirmt von der Öffentlichkeit die „Feierliche Indienststellung“ des bayerischen Landeskommandos – als „Ansprechpartner der Landesregierung in allen Fragen der möglichen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr“ (Streitkräftebasis der Bundeswehr).

In allen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten werden „Verbindungskommandos“ ortsansässiger Reservisten installiert. (anfangs je 12, also insgesamt ca. 10 000, die CDU/CSU verlangt eine Gesamtzahl von 250 000.) Zur ständigen Präsenz sollen sie in den Rathäusern und Landratsämtern Räume erhalten. Da reicht ein Gang ins nächste Zimmer, um sich eine Anforderung im Rahmen der „Amtshilfe“ zu organisieren.

Auch in Heiligendamm wurde der Einsatz der Bundeswehr mit der sog. Amtshilfe legitimiert. Dutzendweise wurden im Voraus sozusagen auf „Vorrat“ Amtshilfegesuche gestellt. Die decken keinen militärischen Bundeswehreinsatz ab – aber wer weiß das schon. Per Amtshilfe kann nicht verfassungswidrig der Einsatz der Bundeswehr angefordert werden. Wenn dem so wäre, hatte es ja die Notstandsgesetze nie gebraucht, und müsste Schäuble keine Grundgesetzänderung wollen.

Weiter sollen die Verbindungsoffiziere dieser Heimatschutzkommandos ständig die zivilen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund, Rotes Kreuz etc. bis hin zur DLRG in das Bundeswehr-Konzept der „zivilmilitärischen Zusammenarbeit“ einbinden. Diese Hilfsorganisationen umfassen 3,5 Millionen Menschen, die sich für die Lebensrettung engagieren. Jetzt sollen sie jenen zuarbeiten, deren Handwerk im Töten besteht. Keine einzige dieser Organisationen ist gefragt worden, ob sie in dieses Konzept einbezogen werden will, geschweige denn die 3,5 Millionen Helfer. Im übrigen ist auch nie ein Parlament gefragt worden, ob es dieses Konzept will. Es gibt auch kein Gesetz zu diesem Konzept. Es wird einfach gemacht.

Auch die Sanitäter in den Betrieben werden in diese zivilmilitärische Zusammenarbeit einbezogen. Bei Opel Rüsselsheim z.B. machen nun die Sanitäter ihre Kurse in der Kaserne. In Heiligendamm wurde im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit die Klinik von Doberan unter die faktische Kontrolle der Bundeswehr gestellt. (Siehe auch unter: www.streitkraeftebasis.de).

Mit im Einsatz in Heiligendamm war die Bundespolizei. Eine Kollegin aus München hat fotografiert, wie ein Hubschrauber der Bundespolizei gerade 1 – 2 Meter über dem Boden über die Wiese gemäht ist, „Wir wurden regelrecht gejagt.“

Die Bundespolizei ist ein klarer Widerspruch zum Grundgesetz „Polizei ist Ländersache“. Sie ist ein Verstoß gegen das Gebot der Alliierten, die dies in ihren Polizeibriefen so festgelegt haben. Entstanden ist sie aus dem Bundesgrenzschutz, der nach der Angliederung der DDR Stück für Stück zur Bundespolizei ausgebaut wurde. Entscheidender Schritt war dabei die Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei, wodurch der Weg „weg von den Grenzen“ auf das komplette Land vollzogen wurde. Dabei handelt es sich um eine paramilitärische Einheit, die im Ausland wie die Bundeswehr eingesetzt wird, womit das Parlament umgangen wird: Für den weltweiten Einsatz der Bundespolizei benötigt es keinen Bundestagsbeschluss, sondern lediglich das Ja des Innenministers.

Erst nachdem diese Bundespolizei komplett unter dem Firmenschild „Bundesgrenzschutz“ aufgestellt war, wurde das Bundespolizeigesetz zum 1.8.2005 verabschiedet und die Schilder ausgewechselt. Im Grundgesetz steht im Übrigen weiterhin kein Wort von der Bundespolizei.

Bundespolizei und Bundeswehr wiederum wurden weiter zusammengeschoben mit den Geheimdiensten in den sog. Lage- und Führungszentren, die seit 2004 aufgebaut werden und die Trennung von Poli-

zei- und Geheimdienst zur Farce machen. Das heißt: Genau das, was mit dem Trennungsgebot verhindert werden sollte, ein neues Reichssicherheitshauptamt mit einer



Geheimdienst und Polizei vereinigenden Geheimen Staatspolizei, genau das wird hier wieder wörtlichst unter ein Dach gebracht. Heribert Prantl (SZ) spricht nicht zufällig von der Gefahr eines Bundessicherheitshauptamtes.

In der Broschüre von ver.di „Je mehr Not – desto mehr Notstand" und dem dort abgedruckten Beitrag der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke sind diese Lagezentren beschrieben. Z.B. das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum GTAZ in Berlin Treptow, das im Jahr 2004 gegründet wurde. Über 200 Mitarbeiter vom Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Zollkriminalamt und Militärischem Abschirmdienst sowie Vertreter der Landeskriminalämter, der Bundespolizei und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind dort beschäftigt. Mitte 2005 wird das Zentrum um ein Informations- und Analysezentrum „Internationaler Terrorismus" und dem Zuzug weiterer Beamter des Verfassungsschutzes erweitert. Mit der Macht des Faktischen wurde hier an gemeinsamen Projekten und Indexdateien gearbeitet, ehe es überhaupt die dafür notwendige Rechtsgrundlage der Anti-Terrror-Datei gab. Seit Dezember letzten Jahres ist sie da.

Diese Anti-Terror-Datei, die – Zitat Süddeutsche Zeitung: „erstmals seit der Nazizeit wieder Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten vereint" (SZ, 31.3.07), ermöglicht allen in den Zentren vereinigten Organen – insgesamt 38 Staatsorgane – den Zugriff auf die gespeicherten Datensätze. Nach dem Wortlaut des Gesetzes, sind zu speichern:

„Personen, die rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder eine solche Gewaltanwendung unterstützen, vorbereiten befürworten oder durch ihre Tätigkeit vorsätzlich hervorrufen".

Es ist ein Leichtes, in der BRD einen Streik zur „rechtswidrigen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange" zu erklären. Wir haben in der BRD kein schriftlich verankertes Streikrecht sowie eine – wenn auch relativ alte – Rechtssprechung gegen das politische Streikrecht. So hat z.B. der Arbeitgeberpräsident Hundt Anfang dieses Jahres die Streiks gegen die Rente mit 67 als verfassungswidrige Gewalt bezeichnet . (Und bei dem von Arbeitergeberpräsident Hundt vertretenen Personenkreis handelt es sich ja nicht um irgendeine einflusslose Randgruppe der Gesellschaft – zumindest noch nicht ...)

Nach dieser Rechtsauffassung gehören alle Metaller, die im Dezember und Januar gestreikt haben, in die Anti-Terror-Datei. Auch all diejenigen, die die Streiks unterstützt oder befürwortet haben. Und, weil's noch nicht genug ist, auch jeder, der einen kennt, der rechtswidrig Gewalt befürwortet – selbst wenn er das gar nicht weiß. Jede Kontaktperson darf nämlich ebenso gespeichert werden.

Wie viele bereits jetzt unter diese Kriterien fallen, spricht Bände. Nach Polizei-Einschätzung gibt es in der BRD etwa 100 „Gefährder".

Allein in der nachrichtendienstlichen Verbunddatei sind aber 1.035.514 Datensätze, in der BKA-Datei Innere Sicherheit sind 1.451.605 Datensätze. Allein diese beiden Dateien ergeben 2,5 Millionen Terrorverdächtigte. Bei ca. 40 Millionen Erwachsenen zwischen 20 und 60 – jeder 16. – aber ich kann Euch versichern, in diesem Saal sind es noch einige mehr.

Dies ist jetzt nur ein Aspekt von einem Gesetz. Allein über dieses Gesetz und seine weiteren skandalösen Aspekte kann problemlos ein Abend gefüllt werden. Doch inzwischen gibt es fast täglich solche Gesetze, die jedes einzelne problemlos einen eigenen Abend füllen würden. Gesetze, die nur noch darin bestehen, bereits geschaffene Fakten zu beschreiben und den Fakten den Stempel der Legalität aufzudrücken. Eine Flut von Gesetzen, die im Übrigen nicht einmal mehr von den Abgeordneten überblickt werden. Auch so kann man ein Gesetzgebungsverfahren ad absurdum führen und damit aushebeln. Oder es gibt ganze Bereiche wie die Heimatschutzkommandos, die gleich gar nicht mehr den Parlamenten vorgelegt werden. Die Bundeswehr macht das einfach so und welcher Landrat in der BRD würde der Bundeswehr die Zusammenarbeit verweigern.

Wie schnell man mit Spähpanzern und Tornados konfrontiert werden kann, haben die Kolleginnen und Kollegen gesehen, die nach Heiligendamm gefahren sind.

Wie schnell es wirklich jeden Kollegen an seinem Arbeitsplatz treffen kann, erfuhr der Kollege Armin Bauer, der Betriebsrat draußen am Münchner Flughafen bei einem Auftragnehmer der Lufthansa war.

Der Kollege Armin Bauer (Name auf Wunsch des Kollegen geändert) ist Lagerarbeiter und arbeitet seit vielen Jahren am Flughafen München bei der Firma CXX. Er ist Mitglied des Betriebsrats und dessen stellvertretender Vorsitzender. Eines Tages flattert ihm ein Schreiben der Regierung von Oberbayern ins Haus: Im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 29d LuftVG (Wiederholungsüberprüfung) sei die Erkenntnis zu Tage getreten, dass er vor mehr als 20 Jahren als Aktivist einer im bayerischen Verfassungsschutzbericht genannten Organisation aufgetreten sei. Weiter heißt es wörtlich: „Desweiteren liegen uns geheimhaltungsbedürftige Erkenntnisse vor, die Ihnen nicht offenbart werden dürfen. Das Ergebnis der Zuverlässigkeitsüberprüfung kann unter Umständen zur Folge haben, dass Ihnen die o.g. Zutrittsberechtigung entzogen wird." Er solle binnen 14 Tagen Stellung nehmen. Die von ver.di beauftragte Rechtsanwältin fordert die „geheimhaltungsbedürftigen Erkenntnisse" an, um Stellung nehmen zu können. Daraufhin antwortet die Regierung von Oberbayern: „Weitere Angaben zu den die Zweifel an der Zuverlässigkeit Ihres Mandanten begründenden Erkenntnissen können wir nicht machen". Kurz darauf erreicht ihn tatsächlich der Bescheid über den Entzug der Zugangsberechtigung. Der Kollege darf ab sofort seinen Arbeitsplatz nicht mehr betreten. Von der Lufthansa, für die Firma CXX arbeitet, erhält er ein Hausverbot für den kompletten Flughafen. Die Firma CXX kündigt ihn fristlos.

Die Betriebsratssitzungen müssen außerhalb des Flughafens stattfinden. Die Kollegen, die ihn gewählt haben, darf er nicht mehr während der Arbeit aufsuchen.

Im Eilverfahren erreicht die Rechtsanwältin, dass der sofortige Vollzug des Entzugs der Zutrittsberechtigung aufgehoben wird. Die Lufthansa aber bleibt bei ihrem Hausverbot bis zum Ende des Hauptverfahrens. Auch dagegen wird eine einstweilige Verfügung durchgesetzt und schließlich nach fast einem halben Jahr kann der Kollege wieder seinen Arbeitsplatz betreten. Doch die Lufthansa entzieht der Firma CXX den Werk-Auftrag, die bald darauf schließt. Zwar wird im Hauptsacheverfahren der Entzug der Zutrittsgenehmigung für rechtsunwirksam erklärt, doch der Kollege hat keinen Arbeitsplatz mehr. Die Klage gegen die Firma CXX auf entgangenen Lohn wird abgewiesen, da kein Annahmeverzug vorgelegen habe – es war ja die Regierung Oberbayern, die die Zu-

trittsgenehmigung entzog und die Lufthansa, die das Hausverbot erteilte.

Mit viel Glück findet der Kollege einen neuen Arbeitsplatz.

Soweit die Geschichte des Kollegen Armin Bauer. Sie zeigt uns: Alle Kolleginnen und Kollegen sind vom Staatsumbau betroffen und die vielen Kolleginnen und Kollegen im ver.di-Organisationsbereich noch doppelt, weil sie zugleich die Ausführenden in Verwaltung, Schulen, Sozialbehörden sind oder direkt in der Arbeit betroffen sind, wie die Beschäftigten bei Post und Telekom, im Verkehr, einfach in allen Bereichen, die zu sicherheitsrelevanten Bereichen erklärt werden.

Es ist deswegen dringendst notwendig, dass wir eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit in den Betrieben machen. So wie die Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze mobilisiert haben. Damals hieß die Losung: Gegen den Notstand der Demokratie.

Geht man auf die Wikipediaseite „Notstandsgesetzgebung“, so liest man dort:

„Die Notstandsgesetzgebung ist die Art, wie in einem Notstand Gesetze, abweichend vom normalen Weg, erlassen werden können ... Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass der Notstand zur Regel wird, und damit der normale Weg der demokratischen Gesetzgebung ausgehebelt wird. Man spricht dann vom Notstand der Republik.“

Kolleginnen und Kollegen, lasst uns dies tun. Lasst uns die Dinge beim Namen nennen – Lasst uns sprechen vom Notstand der Republik.

Hedwig Krimmer
Gewerkschaftssekretärin, verdi Bayern
Fachbereich 10, Postdienste
Speditionen Logistik ■

Einweihung des Deserteursdenkmals

Stuttgart. An die Opfer der Kriege – Zivilisten und Soldaten – erinnern Dutzende Denkmale. Doch an diejenigen, die sich dem Krieg entzogen haben bzw. sich heute entziehen, wird gewöhnlich im negativen Sinn gedacht – sie gelten meist als „Verräter“ und „Feiglinge“. 50.000 Deserteure sind von der NS-Militärjustiz verfolgt, mehr als 20.000 Todesurteile sind vollstreckt worden; davon allein 37 am Justizgebäude in der Stuttgarter Urbanstraße. Erst 2002 sind Deserteure durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden, wofür sich insbesondere der 85-jährige Ludwig Baumann, einer der letzten noch lebenden Wehrmacht-Deserteure intensiv eingesetzt hat. Seit fast zehn Jahren setzt sich die Initiative Deserteur-Denkmal dafür ein, dass auch in Stuttgart ein solches Denkmal errichtet wird. **Jetzt wird es am 30. August eingeweiht.** Den Festvortrag hält Prof. Manfred Messerschmidt, Militärhistoriker. Ludwig Baumann wird das Denkmal enthüllen. 18 Uhr, Theaterhaus Stuttgart, Siemensstr. 11

Gedenktafel für mutige Zuffenhausener Pfarrer enthüllt

Am Mittwoch, 18. Juli 2007 wurde an der Filiale der Baden-Württembergischen Bank (BW-Bank) in Zuffenhausen eine Gedenktafel für drei evangelische Pfarrfamilien enthüllt, die während der NS-Zeit als Juden verfolgte Mitbürger versteckten. Einst stand in der Unterländer Straße 65 das ehemalige evangelische Pfarrhaus, in dem die Bedrohten Unterschlupf fanden.

Bis zu sechs Wochen konnten Personen in einem Privathaus aufgenommen werden, bevor sie der Polizei gemeldet werden mussten. Zentral gesteuert wurden die Aufnahmen von Otto Mörike in Flacht. Hermann Pineas, der 1944 einige Wochen im Pfarrhaus von Wilhelm Gümbel aufgenommen und versteckt wurde, berichtete nach dem Sturz des NS-Regimes: „Ich wurde dort und im gleichen Hause bei der Pfarrerswitwe Elisabeth Kirschmann und bei Pfarrer Dr. Werner sehr gastlich aufgenommen und verlebte dort eine schöne Zeit, nicht zuletzt durch mehrere Begegnungen mit meiner Frau in Tübingen. Dr. Werner ließ sich gerne von mir über das Judentum belehren.“ (Aus: Martin Widmann, Untergetauchte Juden 1942 bis 1945 und ihre Helfer, in: Blätter für Württ. Kirchengeschichte 103 (2003), S. 257-290.)

In ihrer Begrüßung meinte Inge Möller, es sei ein Grund zur Freude und Stolz, der mutigen Zuffenhausener Pfarrer zu gedenken, die unter Gefahr für das eigene Leben, Menschen versteckt und gerettet haben. Sie sagte weiter: „Mich hat eine Aussage aus dem Talmud sehr beeindruckt: ‚Wer einen Menschen rettet, der hat die ganze Welt gerettet‘.“

In seiner eindrucksvollen Rede betonte Pfarrer Kümmel:

„Viele Gemeindeglieder, aber auch Pfarrer und Professoren der Theologie ließen sich davon blenden: mit dem Nationalsozialismus sei eine neue Zeit der ‚Volksmission‘ angebrochen. Deutschland werde nun wieder ein christliches Land. Sicherlich gab es auch die andere Seite, die ‚Bekennenden Kirche‘. Die aber war vielfach mit sich selbst beschäftigt, vor allem auch zur „Judenfrage“ hat sie geschwiegen, nicht protestiert. In der Judenfrage haben die ‚verständigsten Leute ihren Kopf und ihre Bibel gänzlich verloren‘ (Bonhoeffer 14. April 1933). Die Ev. Kirche ist vor Hitler ‚auf dem Bauch gelegen‘. Es waren singuläre, einzelne Gestalten, Persönlichkeiten, die stehengeblieben sind, die Widerstand geleistet haben: Es waren mutige, aufrechte Christen.“ Und weiter: „Wir wünschen uns als Kirchengemeinde, dass es ein lebendiger Gedenkort wird: … Wir leben an einem Ort (Zuffenhausen) mit vielen Kulturen, vielen Religionen, unzähligen Konfessionen. Solch ein Gedenkort ist Mahnung: dass niemand wegen seinem Anderssein, wegen seinem Glauben, wegen seiner Verschiedenheit, ausgegrenzt, entwürdigt wird.

Solch eine Gedenktafel ist für uns alle Mahnung: wenn wir nachher weitergehen, allen Anfängen der Entwürdigung



Netanel Wurmser (Landesrabbiner der israelitischen Religionsgemeinschaft) und Pfarrer Kammerer (landeskirchliches Archiv Möhringen) beim Betrachten der Gedenktafel

von Menschen zu widerstehen. Das beginnt manchmal schon mit lockeren Sprüchen am Stammtisch, oder auch mit billigen Witzen in der Straßenbahn auf Kosten anderer (immer noch Juden, Muslime, behinderte Menschen).

So freuen wir uns als Kirchengemeinde, dass an diese widerständigen Familien erinnert wird. Orte des Gedenkens, Orte des Erinnerns sind wichtig. Vergangenes aufrechtes Verhalten wird in die Gegenwart hereingerufen – das Gewissen dadurch geschärft.“

Initiiert wurde die Gedenktafel von Pfarrer Kammerer, landeskirchliches Archiv Möhringen, und von der Zukunftswerkstatt e.V. in Zuffenhausen sowie der Initiative Stolpersteine Zuffenhausen organisiert. Gestaltet wurde sie vom Plieninger Künstler Markus Wolf. Der Text der Tafel lautet: „Hier war früher das Evang. Pfarramt. 1944 wurde hier u. a. der Jude Hermann Pineas von den Pfarrfamilien Gümbel, Kirschmann und Werner versteckt.“ An der feierlichen Enthüllung nahm unter anderem der Landesrabbiner der israelitischen Religionsgemeinschaft Netanel Wurmser teil. Es sprachen Margot Riegger, Leiterin des Privatkundengeschäfts der BW-Bank in Feuerbach/ Zuffenhausen, Pfarrer Kümmel, evangelische Gemeinde Zuffenhausen, Bezirksvorsteher Wolfgang Meyle, Pfarrer Kammerer über die Ereignisse in der NS-Zeit und Inge Möller vom Verein Zukunftswerkstatt e.V.

Im Anschluss wurde ein Ausschnitt aus dem Film „Mut ohne Befehl – über den Widerstand gegen die NS-Diktatur in Stuttgart“ gezeigt, in dem eine Tochter von Pfarrer Gümbel berichtet.

Das Spendenkonto des Vereins Zukunftswerkstatt e.V. für diese Aktion lautet: Zukunftswerkstatt e.V., Sonderkonto Gedenktafel, BW-Bank, Konto 2487573, BLZ 60050101



Markus Wolf (Künstler), Netanel Wurmser (Landesrabbiner der israelitischen Religionsgemeinschaft), Pfarrer Kammerer (landeskirchliches Archiv Möhringen), Olaf Hess (Filialleiter BW-Bank Zuffenhausen) und Margot Riegger (Leiterin des Privatkundengeschäfts der BW-Bank in Feuerbach/Zuffenhausen) vor der Gedenktafel

Der „Holocaust an den Tieren“ und die Deutschen in „Sippenhaftung“

von Thomas Klaus

NIENBURG. Andreas Popp ist ein ehrenwerter Mann: Als ehemaliger Vorstandsvorsitzender und jetziger Aufsichtsratschef der Popp AG herrscht er von Nienburg aus über den zweitgrößten Edelmetallbestand der Bundesrepublik (nach der Deutschen Bundesbank). Der umfasst rund 40 Tonnen Gold, Silber, Platin und Palladium in Barrenform. Die Popp AG gilt als deutscher Marktführer für Investmentfonds in physische Edelmetalle.

Andreas Popp ist ein ehrenwerter Mann: Als „Dozent für Makroökonomie“ warnt er eindringlich vor der nächsten großen Weltwirtschaftskrise und will, dass möglichst viele Menschen sie unbeschadet überstehen.

Allerdings: Manche der Ansichten und Kontakte des 46-Jährigen sind einfach nur stramm rechts – und ganz und gar nicht ehrenwert.

Nach Popps Auffassung – und mit dieser steht er nicht alleine – ist eine weltweite Währungsreform unausweichlich. Die Parallelen zur Weltwirtschaftskrise 1929 seien verblüffend, meint er. Seit Jahrzehnten gebe es keine Sachwerthinterlegung des Geldes in Form des Goldstandards mehr: „Jeder Geldschein ist somit wertlos, ist nur ein bedruckter Zettel.“ Schlimm: Die Geldmengenpolitik erscheine völlig unkontrolliert. Und im Grunde genommen existiere weltweit nur noch eine Währung, in Form des US-Dollars.

Als „Zeugen“ für die bevorstehende Weltwirtschaftskrise benennt Andreas Popp unter anderem den Wissenschaftler Bernd-Thomas Ramb, den früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden des nationalliberalen „Bundes Freier Bürger“.

2005 erstellte Ramb im Auftrag der ultrarechten „Deutschen Konservativen“ ein Dossier mit dem Titel „Vor der nächsten Währungsreform“, das Popp gerne ins argumentative Feld führt.

Die „Deutschen Konservativen“ werden von dem wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass vorbestraften Joachim Siegerist geleitet. Das hat Ramb jedoch nicht davon abgehalten, diese Gruppierung beim jüngsten Bürgerschaftswahlkampf 2007 in Bremen zu unterstützen. Dort hatte die Siegerist-Truppe unter dem Namen „Bremen muss leben“ kandidiert. Und wäre ihr ein sehr viel besseres Abschneiden vergönnt gewesen, dann hätte Siegerist den ehemaligen Professor an der Universität Siegen zum Finanzsenator gemacht. Das wäre ein Senator gewesen, der jahrelang für eine vom Verfassungsschutz beobachtete Rechts-Postille tätig gewesen war: Von 1994 bis 2006 war Bernd-Thomas Ramb ständiger Mitarbeiter für den Wirtschaftsteil der „Jungen Freiheit“.

Ein anderer „Zeuge“ und Kontaktmann Popps hat noch ein ganz anderes Kaliber: Lyndon LaRouche jr. ist ein US-amerikanischer Multimillionär und politischer Rechtsaußen, der ein internationales Netzwerk aus Verlagen, Organisationen und Firmen unterhält. 1988 war er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Überzeugung des Gerichts hatte er Darlehen von Unterstützern nicht zurückgezahlt, Kreditkarten-Betrug begangen und Steuern hinterzogen. Mit diesem selbsternannten „Oppositionsführer aus den USA“ traf Andreas Popp nach Berichten aus der rechtsextremistischen Presse im vergangenen Jahr am Rande einer „Expertenrunde“ in Berlin zusammen.

Krebs-Arzt Rath in die „unseriöse Ecke getrieben“

Seinen Blick auf die Welt hat Andreas Popp auch in mehreren Büchern untermauert. Das erfolgreichste Buch heißt „Brot und Spiele – Schadlos durch die Wirtschaftskrise“. In ihm finden sich Beiträge von Experten, die Popp als Mitglieder seines engeren Bekannten- und Freundeskreises bezeichnet. Für „Brot und Spiele“ griff zum Beispiel Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank, zur Tastatur – aber auch Kurt Tepperwein. Den stellt Popp in dem Buch als „Psychologie-Professor“ vor. Doch 2005 wurde Tepperwein wegen des Missbrauchs von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen vom Amtsgericht Memmingen rechtskräftig verurteilt.

In seinem 2006 veröffentlichten Buch „Das Matrix-Syndrom“ (Untertitel: „Die

systematische Manipulation der Menschen durch die ‚Macht'") verteidigt Popp unter anderem den einstigen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der 2003 wegen antisemitischer Äußerungen aus Fraktion und Partei ausgeschlossen worden war. Er sei „sofort politisch geschlachtet" worden, beklagt der Autor. In „Das Matrix-Syndrom" ergreift Popp ebenfalls für Dr. Matthias Rath Partei. Rath macht als Erfinder der so genannten Zellular-Medizin von sich reden, in der er eine Alternative zur Aids- und Krebsbekämpfung erblickt. Die Deutsche Krebsgesellschaft warnt seit dem Krebstod des neunjährigen Dominik im November 2004 verstärkt vor den Machenschaften dieses Arztes: Dominiks Eltern hatten sich für die zellulärmedizinische Behandlung entschieden; danach wuchs der Krebs ungebremst weiter. Aus Popps Sicht wird Rath, im Juli 2006 wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz zu einer Geldstrafe von 33.000 Euro verurteilt, jedoch „immer wieder in eine unseriöse Ecke getrieben". Dabei könne er doch „offenbar hervorragende Krebsheilerfolge" erzielen.

Auch zu einem anderen heftig umstrittenen Mediziner schaut Andreas Popp in seinem Buch hoch, nämlich zu Dr. Ryke Geerd Hamer. Dieser Arzt – 1986 wurde ihm die Approbation entzogen – gelte als „entscheidender Entdecker einer völlig neuen Medizin", werde jedoch „schlicht platt gemacht und diffamiert". Der Gipfel sei erreicht worden, als man Hamer einfach inhaftiert habe.

Was Andreas Popp in seinem Buch allerdings ausspart, das ist der Name der von Ryke Geerd Hamer entwickelten angeblichen Heilmethode. Sie nennt sich „Germanische Neue Medizin" (GNN) und ist in rechtsextremistischen Kreisen der „letzte Schrei". Hamer behauptet, dass alle Juden die GNN praktizieren, während alle Nichtjuden gezwungen werden, sich von der alten Schulmedizin durch Chemotherapie umbringen zu lassen.

Mehrere Male wurde Hamer zu Haftstrafen verurteilt, zuletzt 2004 in Frankreich wegen Betruges und der Komplizenschaft bei der illegalen Ausübung einer medizinischen Tätigkeit. Laut Staatsanwaltschaft starben mehrere Menschen, nachdem sie dem Rat zweier Anhängerinnen des GNN-Entdeckers gefolgt waren.

Die Deutsche Krebsgesellschaft hält die GNN für „bewiesenermaßen gefährlich". Sie sei weder wissenschaftlich noch empirisch belegbar: „Im Gegenteil, nach heutigem Erkenntnisstand ist die zugrunde liegende Grundhypothese widerlegt."

Das Fazit von Popp mit Blick auf Rath, Hamer und ihresgleichen lautet unverdrossen: „Die Mächtigen haben offenbar eine große Angst vor gradlinigen Experten und Querdenkern, die wirklich die Lebenssituation auf der Erde verbessern wollen."

Und was wollen diese „Mächtigen", von denen Andreas Popp fabuliert? Die Antwort: „In letzter Konsequenz läuft alles, aber auch wirklich alles auf eine ‚Einweltregierung´ hinaus, in der nur ganz wnige die totale Macht über diesen Globus haben könnten." Seit 1944 sei der US-Dollar die Weltwährung. Und weil sich die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve in der Hand einiger weniger privater Finanzdynastien befände, sei die Welt auf dem Weg in den Privatbesitz einiger Mächtiger.

Ausgewiesene Rechtsextremisten sprechen in diesem Zusammenhang gerne von der „US-Ostküste" oder dem „internationalen Finanzjudentum".

Popps Überzeugung: Um das Ziel der endgültigen Kontrolle erreichen zu können, müssten die Mächtigen „uns stromlinienförmig (zu) machen, damit wir steuerbar sind". Dazu gehöre auch ein unseriöser Umgang mit der deutschen Geschichte. Ihn prangert Andreas Popp an, wenn er schreibt: „Über unserem Land schwebt das Damoklesschwert des Nationalsozialismus und wer sich für die gesamte deutsche Geschichte interessiert, macht sich schon verdächtig und bekommt den Beigeschmack des Nazideutschen. Diese Konditionierung der deutschen Bevölkerung entzieht den Menschen die Wurzeln, die man zur eigenen Identität braucht." An anderer Stelle des Buches „Das Matrix-Syndrom" notiert der Verfasser, dass das Wort „Jude" allein von keinem Deutschen „ohne mulmiges Gefühl auch nur ausgesprochen werden" dürfe – „eine klare Form der Konditionierung".

Bekenntnis zur „Kommissarischen Reichsregierung"

Die Deutschen seien in „Sippenhaftung" genommen worden, so Popp. In Deutschland sei Nationalstolz nicht erlaubt: „Das verbietet die von den Alliierten veranlasste Umerziehung, die gern von den demokratischen Kräften angenommen wurde. Einseitige Schuldzuweisungen für alles, was im Zweiten Weltkrieg passierte, werden komplett auf Deutschland projiziert." Projiziert auf ein Deutschland, das nach Popps Ansicht nicht souverän ist („Pseudo-Demokratie") und dessen Staatsorgane keinerlei Bestimmungsrechte über die Bundesbürger haben. Das Deutsche Reich sei von den Alliierten annektiert worden und diese Beschlagnahme gelte bis heute. Folgerichtig lobt Andreas Popp in dem Buch „Das Matrix-Syndrom" die Arbeit einer „kommissarischen Reichsregierung", ohne zu verraten, an welcher der von Rechtsextremisten betriebenen „kommissarischen Reichsregierungen" sein eigentliches Herz hängt.

Auf jeden Fall ist ihm das Thema so wichtig, dass er im Juli 2006 gemeinsam mit Thomas Tischer auf dem Wirtschaftsforum „Umdenken" in Göttingen auftrat. Während sich Popp in seinem Vortrag mit der drohenden Weltwirtschaftskrise beschäftigte, führte der selbsternannte „Reichsinspektor" Tischer aus, es handele sich bei der Bundesrepublik Deutschland um ein illegales Gebilde, dem man sich unter anderem in der Funktion als Steuerzahler verweigern müsse.

Viel Lob für die Ausführungen von Popp und Tischer in Göttingen kann man zum Beispiel auf den Internetseiten der „Freien Stimme: Fernsehen Deutsches Reich" finden, hinter denen der Rechtsextremist Klaus Weichhaus steckt. Sein Resümee nach der Teilnahme an dem Wirtschaftsforum „Umdenken": „Das Umdenken wird sich organisieren. Deutschland darf sich freuen." Weichhaus hat immer wieder durch antisemitische und rechtsextremistische Aussagen auf sich aufmerksam gemacht. Außerdem engagiert er sich für einen Verein, der verurteilte Holocaust-Leugner wie Ernst Zündel unterstützt. Dem Internetauftritt von Weichhaus zufolge gehörte zu den Teilnehmern der Veranstaltung in Göttingen auch Ernst Günther Kögel. Der frühere Berufsschullehrer und Holocaust-Leugner wurde im Juli 2006 vom Landgericht Wuppertal wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Seit 1967 führt Kögel die rechtsextremistische „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung".

Der Mann, der anscheinend dem Holocaust-Leugner Kögel und anderen Teilnehmern eine spannende Veranstaltung beschert hatte, war der Finanzfachwirt Franz Eckhardt von der Firma „Finanzprofil" in Gieboldehausen bei Göttingen. Eckhardts Wege kreuzten sich nicht das erste

Popp-AG: Marktführer bei Investmentfonds in phyischen Edelmetallen

NIENBURG. Die ursprünglich in Walsrode angesiedelte Popp AG ist ein Familienunternehmen und wurde bereits 1959 gegründet. Gerne nennt sie sich auch „Wissensmanufaktur". Grund: Die Mitarbeiter der Popp AG untersuchen den Zustand der globalen Wirtschafts- und Währungssysteme. Dazu erarbeiten sie für ihre Kunden Prognosen und Anlagemodelle. Die Popp AG gilt als deutscher Marktführer bei Investmentfonds in physische Edelmetalle, sprich: in Edelmetalle wie Gold und andere, die tatsächlich „handfest" sind. Die Popp-Tochtergesellschaft Vermögen-Sicherung-Gemeinschaften (VSG) beschafft und verwahrt für rmehrere tausend Anleger Gold, Silber, Platin und Palladium. Gelagert wird es in Partnerschaft mit der Sparkasse Nienburg in den Räumen der ehemaligen Landeszentralbank in Nienburg.
Zur Popp AG gehören neben der VSG noch weitere artverwandte Unternehmen, so die Popp & Cie. GmbH und die L´or capital fine art AG. Bei letzterem Unternehmen führt gleichermaßen Andreas Popp den Aufsichtsrat an.
Die Popp AG kooperiert ebenfalls eng mit der P1 Privat GmbH & Co. KG, die sich auf dem Gebiet der privaten Postdienste betätigt. Fondsmanager ist der Multimillionär Daniel Giersch. Er hatte als 20-Jähriger den ersten privaten Briefdienst in der Bundesrepublik gegründet.

Thomas Klaus

Mal mit denen von Andreas Popp. Laut Vereinsregister Walsrode war er Gründungsmitglied und Vorsitzender der „Internationalen Föderation für Humanökonomie“ mit Sitz in Walsrode. Mittlerweile amtiert Popp als Präsident dieses obskuren Zusammenschlusses; bei der Vereinsgründung war er zunächst 2. stellvertretender Vorsitzender geworden.

Dreh- und Angelpunkt der „Internationalen Föderation für Humanökonomie“ sind mehrere Ressorts, die – ähnlich wie bei einer „klassischen“ Regierung – von so genannten Senatoren geführt werden. Als solcher bezeichnet sich auch Andreas Popp. Die „Föderation“ kennt Ressorts für Ethik/Gesellschaft/ Soziales/ Umweltschutz; Politik; Finanzsystem und Makroökonomie; Deutschland und Europa; Grundrecht/ Recht/Steuern und Wissenschaft.

Überschüsse aus den Mitgliedsbeiträgen sollen unter anderem dem Tierschutz bereit gestellt werden – ein spezielles Steckenpferd des eingefleischten Vegetariers Andreas Popp. Zum Thema „Tierschutz“ gibt er in seinem Buch „Das Matrix-Syndrom“ ebenfalls Erhellendes zum Besten: „Wenn der heutige Tierholocaust einmal in Gedenkstätten angeprangert werden sollte, in denen man eigentlich nur Werbungen der Fleischindustrie aufhängen müsste oder Fotos von Tierdeportationen, wie wir sie regelmäßig auf den heutigen Autobahnen antreffen, wird niemand sagen können, er hätte nichts gewusst.“

Eine Verharmlosung der Massenmorde und des Holocausts in der Nazi-Zeit will Popp in solchen Formulierungen nicht erkennen. Der Begriff „Holocaust“, doziert er, bezeichne seit dem 16. Jahrhundert Verbrechen und Brandkatastrophen außergewöhnlicher Größenordnung: „Der tägliche Massenmord unserer Fleischindustrie wird dieser Begrifflichkeit in meinen Augen gerecht.“ Und Popp ergänzt: „In welchem Land leben wir eigentlich, in dem ethische Grundfragen sofort in eine bestimmte Ecke gedrängt werden?“ ■

Film „KussKuss“ – ab 10. August auf DVD

Hunderttausende von Menschen leben ohne Papiere in Deutschland. Geflohen vor Verfolgung oder auf der Suche nach einer menschenwürdigen Existenz leben sie möglichst unauffällig in den Nischen der Gesellschaft. Nur wenigen bietet sich der Weg in die Legalität. KussKuss spricht dieses Thema mit melancholisch-witziger Intensität an und hat schon weltweit auf Festivals für Diskussionen gesorgt. PRO ASYL sieht den Film als hervorragende Basis für Denkanstöße zum Thema Asyl und Menschen ohne Papiere. Bildmaterial, das Presseheft und der Trailer stehen unter www.kusskuss-derFilm.de zum Download bereit.

SPD verhindert Abschaffung der Wertgutscheine in Göttingen

Der Rat der Stadt Göttingen hat in seiner Sitzung Anfang Juli 2007 die Abschaffung des Wertgutscheinsystems für Flüchtlinge mit CDU-SPD-Mehrheit in letzter Minute gestoppt und hält somit an dem noch im Februar als „diskriminierend“ und „bevormundend“ bezeichneten System fest. Damals stimmte auch die SPD-Fraktion einer interfraktionell eingebrachten Resolution für die Abschaffung der Gutscheine zu. Jetzt schmetterten die SPD-Abgeordneten sogar die von der FDP und der antragstellenden GöLinken vorgeschlagene Überweisung in den Sozialausschuss ab und verhindern damit eine weitere parlamentarische Diskussion. Der SPD-Abgeordnete Hermann führte für seine Fraktion aus, der für das Gutscheinsystem einschlägige §3 des AsylbewerberInnenleistungsgesetzes lasse die generelle Ausgabe von Bargeld nicht zu, die Gesetzeslage sei „eindeutig“. Dem entgegen stehen zahlreiche Gesetzeskommentare und Rechtsgutachten sowie die Praxis in Kommunen von zahlreichen Bundesländern, in denen generell Bargeld ausgegeben wird.

Das Abstimmungsverhalten der SPD wurde von den Fraktionen der Grünen und der GöLinken wütend zur Kenntnis genommen. Die Gutscheingruppe kritisiert die Entscheidung des Rates. Die offensichtliche Fadenscheinigkeit der „Argumentation“ mittels vorgeschobener rechtlicher Schranken lässt darauf schließen, dass es letztlich doch politischer Wille der Göttinger SozialdemokratInnen ist, rassistische, diskriminierende und bevormundende Behandlung von Flüchtlingen durchzusetzen. Der Gutscheinumtausch sowie der Kampf gegen das Gutscheinsystem wird in Göttingen fortgesetzt werden müssen.

Gutscheingruppe Göttingen
http://bargeldstattgutscheine.de ■

Arbeitsmigration steigt: Migrationsbericht der OECD

Ende Juni 2007 ist der diesjährige Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Migrationsgeschehen erschienen. Von 2004 auf 2005 – das sind die jüngsten verfügbaren Daten – stieg die Zuwanderung in die OECD-Länder um zehn Prozent. Das heißt vier Millionen Menschen sind in die OECD-Länder gekommen und haben sich hier dauerhaft niedergelassen. Die größten Zuwanderungen gab es in die Vereinigten Staaten, Spanien, Großbritannien und Kanada. Die größten Zuwächse gab es in Irland, Korea und Neuseeland. Die Zahlen beziehen sich auf legale Migrationsströme.

Der wichtigste Grund für Migration in die OECD-Länder ist die Familienzusammenführung. Seit einigen Jahren aber steigt die Arbeitsmigration stark an, Migration aus humanitären Gründen sinkt. Die Arbeitsmigration liegt 2005 bei rund 30 Prozent der Migrantinnen und Migranten.

Die Zahl der jungen Menschen, die im Ausland studieren, steigt seit dem Jahr 2000 um jährlich rund neun Prozent. 2005 studierten im Bereich der OECD 2,3 Millionen junge Menschen nicht in ihrem Herkunftsland. Ein Viertel davon in den Vereinigten Staaten. Darauf folgen Großbritannien, Deutschland und Frankreich.

Ein Problem sieht die OECD in dem Missverhältnis zwischen den Qualifikationen der Zuwanderer und den Anforderungen in ihrem ausgeübten Beruf. Im Vergleich zu den im Land Geborenen ist die Wahrscheinlichkeit, überqualifiziert zu sein, sehr groß. Bei Frauen ist dies sogar verstärkt anzutreffen.

Die OECD nennt auch positive Beispiele für das Bemühen um eine Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten: Lohnzuschüsse in Dänemark, Weiterbildung durch die Arbeitgeber in Schweden und Dänemark und das Bemühen, die zweite Zuwanderergeneration für eine berufliche Ausbildung zu motivieren in Deutschland.

An anderer Stelle sah die OECD Anlass, Deutschland zu mahnen. Angesichts des absehbaren Fachkräftemangels sollten die Zuwanderungsbestimmungen für qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelockert werden. Bildungsministerin Anette Schawan griff das auf und stellte sich hinter die Idee einer Lockerung. Das hat – zwei Wochen nach der Änderung des Zuwanderungsgesetzes – den Anstoß zu einer neuerlichen Debatte um Zuwanderung in den Arbeitsmarkt gegeben.

Quelle: „Europa:Mobil Juli 2007“ ■

Ausflug des AK Asyls gegen „Residenzpflicht“

STUTTGART. 250 Flüchtlinge nahmen in diesem Jahr am friedlichen Protestausflug des AK Asyl an die schöne blaue Donau, dem großen interkulturellen Strom der Völkerverständigung, teil.

Seit 1986 lädt der AK Asyl jedes Jahr ausländische Flüchtlinge zum Ausflug gegen die sogenannte „Residenzpflicht“ und für Völkerverständigung ein. Musste 1986 noch in einem nervenaufreibenden Verfahren die Sondergenehmigung zum Verlassen Stuttgarts erkämpft werden, ist

heute immerhin die Erteilung der Sondergenehmigung zum Verlassen der Landeshauptstadt Routine, aber leider immer noch nötig.

Der AK Asyl ist stolz, dass trotz drastisch zurück gegangener Flüchtlingszahlen immer noch etwa 250 Menschen aus den verschiedensten Herkunfts- und Verfolgerländern mitgefahren sind. Am 29. Juli war es wieder soweit: In Obermarchtal wurden die Flüchtlinge in der Klosterkirche gegen 11.15 Uhr vom Leiter der Kirchlichen Akademie für Lehrerfortbildung, Dr. Berthold Suchan, offiziell begrüßt. Als Geste des Danks für die gewährte Gastfreundschaft führte der iranische Künstler Mohammad Reza Golemohammad einen Ausdruckstanz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf.

Nach einem interkulturellen Picknick in der Klosteranlage fuhren die Gäste aus aller Welt durchs Donautal nach Sigmaringen, wo sie vor der Stadthalle durch Bürgermeister Dr. Rapp und Pfarrer Müller begrüßt wurden und eine Führung durchs imposante Hohenzollernschloss erlebten. Der Tag wurde wie jedes Jahr abgeschlossen durch den Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus, diesmal dem Besuch der Gedenkstätte in Grafeneck.

Das Ausflugsunternehmen wird finanziert mit Hilfe großzügiger Spenden vieler ev. und kath. Kirchengemeinden in Stuttgart und durch Eigenbeiträge der Mitfahrer.

Kommunale Berichte Stuttgart 16-07 ■

Tot – aber nicht vergessen!

1983 – 1994 – 1999 – 2000 starben Kemal Altun, Kola Bankole, Rachid Sbaai und Altankhou Dagwasoundels im deutschen Abschiebesystem.

Kemal Altun stürzte sich nach 13 Monaten in Abschiebehaft aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts in Westberlin, wo eine Klage des Bundesbeauftragten gegen seine Anerkennung als politischer Flüchtling verhandelt werden sollte.

Kola Bankole erstickte in der Lufthansa-Maschine, mit der er abgeschoben werden sollte, an einem Knebel, der ihm vom Bundesgrenzschutz in den Mund gedrückt wurde.

Rachid Sbaai starb in der Arrestzelle des Bürener Abschiebegefängnisses an einer Rauchver-giftung. Die Matratze seiner Einzelzelle hatte Feuer gefangen. Trotz Betätigung des Alarms kamen die Polizisten erst nach 15 Minuten.

Altankhou Dagwasoundels starb bei dem Versuch, sich aus dem sechsten Stock des Krankenhaus Köpenick mit verknotetem Bettzeug abzuseilen. Er war nach vier Wochen in Abschiebehaft in das Krankenhaus eingeliefert worden. Sein Zimmer wurde von zwei Beamten bewacht.

„... An der sofortigen und bedingungslosen Abschaffung der Abschiebehaft führt kein Weg vorbei. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und die Dynamik der migrationspolitischen Proteste anlässlich der G8-Tagung in Heiligendamm im Berliner Alltag zu bewahren, haben wir beschlossen, unseren Protest in die Stadt zu tragen.“ heißt es im Aufruf zu einer demonstration am 31.8. in Berlin: „Am diesjährigen bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen demonstrieren wir einmal nicht vor dem abgelegenen Knast in Köpenick, sondern in der Innenstadt.

Wir treffen uns vor dem ehemaligen Verwaltungsgericht, aus dessen Fenster sich Kemal Altun stürzte und ziehen zur besten Einkaufszeit über den Kudamm zum Breitscheidtplatz, um gegen die unmenschliche Abschiebepraxis in Berlin und Deutschland zu protestieren. Sicht-, hör- und spürbar werden wir aber nur, wenn sich viele beteiligen. Das Potential für eine kraftvolle Demonstration ist vorhanden.“

Demonstration am 30. August 2007, Treffpunkt um 17.30 Uhr, Hardenbergstraße 30 (Bahnhof Zoo), Beginn der Demo 18:00 Uhr. Es rufen auf: Initiative gegen Abschiebehaft Berlin • Flüchtlingsrat Berlin • Initiative gegen das Chipkartensystem Berlin

http://www.reflect-online.org ■

Kriege beenden – Abschiebung abschaffen – Menschenrechte durchsetzen



BÜREN. Das weltweit Menschen vor Kriegen flüchten und es nur wenige bis nach Europa schaffen, ist eine Tatsache, von der keiner sagen kann, er habe es nicht gewusst. Bei der Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Büren anlässlich des Antikriegstages 2007, soll die Verbindung der Themen Abschiebung, Festung Europa mit den Themen Krieg als Fluchtursache und Krieg gegen die Flüchtlinge in den Mittelpunkt gerückt werden.

Der Abschiebeknast in Büren ist Symbol und praktische Umsetzung dieser kriegerischen Politik. Er ist der drohende Zeigefinger, der den Kriegsflüchtlingen genau so wie allen anderen, die nach Europa kommen wollen, drohend entgegen gehalten wird: „Das passiert, wenn ihr es bis Deutschland schafft.“ Er ist aber auch ein tatsächliches Gefangenenlager, in dem mit polizeilichen und juristischen Mitteln die Flüchtlingsabwehr flankiert wird, die im Norden Afrikas und im Osten Europas zunehmend durch Militärs übernommen wird. Zu schlechterletzt ist er immer häufiger Endstation in Deutschland für viele, die hier über Jahre gelebt haben und nun von der Bürokratie als überflüssig angesehen werden. Von Büren aus werden jedes Jahr ca. 2.500 Menschen abgeschoben, ihre Arbeitskraft ist hier nicht (mehr) nachgefragt und sie sollen dort, wohin sie abgeschoben werden, erzählen, dass Flüchtlinge in Deutschland im Gefängnis landen.



Wer nach Deutschland kommen darf und für wie lange wird von Gesetzen und Erlassen geregelt. Von Kapitalseite wird eingefordert, dass die Rationalität der herrschenden Ökonomie zu 100 Prozent diese Regelungen bestimmt. Diese Ökonomie beurteilt die Menschen nach der Arbeitskraft, die sie in die deutsche Wirtschaft einbringen können. Der Rassismus, der weiterhin bei der Gesetzgebung ein erhebliches Wort mitredet, schreckt dabei vor irrationalen Kosten nicht zurück.

So werden für die Abschiebung Mittel aufgewandt, die mehrere zehntausend Euro betragen können. Für die Abschreckung und Durchsetzung dieser Flüchtlingspolitik eben nichts zu teuer ist.

Die Schließung des Abschiebeknastes in Büren ist eine Forderung, die eingebettet ist in einen Forderungskatalog, der die Beendigung des Krieges gegen die Flüchtlinge genau so umfasst, wie die Beendigung aller Kriege. Dazu gehört ebenso die Durchsetzung sozialer Rechte, wie das auf die freie Wahl des Wohnortes. Für Deutschland bedeutet die konkret: Abschaffung der Abschiebehaft, Schluss mit den Abschiebungen, Rückberufung aller im Ausland stationierten Bundeswehrsoldaten und Auflösung des Militärs.

Dafür demonstrieren wir am 2.9.2007 in Büren!

Die Demonstration wird getragen von einem Vorbereitungsbündnis verschiedener Gruppen aus NRW.

Mehr Informationen unter: www.bueren-demo.de

Presse-Erklärung des Rom e.V. zur Zukunft der Roma im Kosovo:

Ein Volk wird entsorgt

Unter Hochdruck versuchen die USA und die EU, hier allen voran Deutschland, den Kosovo-Plan des UN-Beauftragten Ahtisaari durchzusetzen. Zur Zeit gibt es noch Widerstände von Seiten Russlands, Serbiens und anderer südeuropäischer Länder.

Völlig ignoriert werden jedoch die Proteste der aus dem Kosovo vertriebenen nicht-serbischen Minderheiten – neben den Gorani, Türken und Juden ist dies vor allem die größte dieser Gruppen, die Roma und andere als „Zigeuner“ geltende Menschen wie Aschkali und Ägypter.

Nach dem Einmarsch der Nato in den Kosovo 1999 begann die albanische „UÈK“ unter den Augen vor allem von US-, deutschen und englischen Soldaten mit der systematischen ethnischen Vertreibung von Hunderttausenden nichtalbanischer Menschen.

Das Programm der UÈK-Führer war der deutschen Politik seit langem bekannt: Schaffung eines „ethnisch reinen Kosovo“, in dem nur Albaner siedeln sollten. (Die Welt 17.1.1986). Wie die Recherchen des Rom e.V. Köln und der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen, ergaben, wurden fast 90% der Roma Opfer der Pogrome; viele wurden erschlagen, andere ertranken bei der Flucht über die Adria. Sie flohen vor den Mordbrennern und Plünderern, 15.000 ihrer Häuser, ganze Roma-Viertel, wurden zerstört.

Bis heute konnten die Nato-Besatzungstruppen den im Kosovo verbliebenen Serben und anderen Minderheiten keinen Schutz bieten – es sei denn, Panzer fahren rund um deren Enklaven auf: Der UNHCR lehnt weiterhin die Abschiebung von Roma dorthin ab, weil für ihre Sicherheit nicht garantiert werden kann. Dies betont auch das Pax Christi-Büro des Erzbistums Freiburg. Eine Restitution des Eigentums, der Häuser und Grundstücke der relativ wohlhabenden Kosovo-Roma, geschweige denn Entschädigungen für die Angriffe auf Leib und Leben und für die Vertreibung ist bis heute nicht durchsetzbar. Im Gegenteil: die dauernden Übergriffe auf Roma und andere Nicht-Albaner, ja, die Pogrome vom Frühjahr 2004 sind immer noch ungesühnt.

Nun soll ausgerechnet die Unabhängigkeit des Kosovo, also die Auslieferung der serbischen Provinz an die UÈK-Nachfolger, den entrechteten Minderheiten Rechtschutz bringen? Das fingiert der Ahtisaari-Plan, wenn er von der Schaffung eines „multiethnischen Kosovo“ spricht. Statt der KFOR und der UNO-Behörden sollen jetzt also von der albanischen Mehrheit dominierte Truppen und Polizei, Gerichte und Verwaltungen eingesetzt werden.

Dazu kommt, dass alle albanischen Institutionen im Kosovo nach dem Urteil internationaler Beobachter von der Albaner-Mafia durchsetzt sind.

Wo soll denn da Sicherheit für Leib und Leben und Rechtsschutz herkommen, die auch die UN trotz aller militärischen Machtfülle als Verwalter nicht bieten konnten und die nach Ahtisaari jetzt nur noch eine vage Oberaufsicht ausüben sollen. Wer würde im Rechtstreit um das geraubte Eigentum, das albanische Nachbarn okkupierten, Recht bekommen? Wie sollte die Sühne erfolgen für Vertreibung, Verwundung und Mord durch die UÈK-Terroristen? Wie sollen die Roma existieren in einem Land, das noch nicht mal Arbeitsplätze, Sozial- und Gesundheitsversorgung für die albanische Mehrheit bietet?



Der Vorstand des Rom e.V. stellt fest und fordert von den deutschen Behörden:

1. Die Roma wurden zu keinem Zeitpunkt zu den UN-Plänen gehört.

Wir fordern, die Roma sofort in die Verhandlungen einzubeziehen.

2. Die Roma fühlen sich auch keineswegs von den machtpolitischen Interessen Russlands oder der serbischen Regierung vertreten; sie sollen eigene Vertreter entsenden dürfen, die sich auch frei von Repressalien der albanischen Behörden äußern können.

3. Der deutsche Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sagt: „der Ahtisaari-Plan ist die bestmögliche Lösung“. Ja sicher, und zwar für die Interessen der Bundesrepublik: denn damit könnten unsere Innenminister die baldige Abschiebung Tausender von Kosovo-Roma, die zur Zeit noch von der UNMIK verhindert wird, bedenkenlos in Angriff nehmen und sie auf Gedeih und Verderb den albanischen Nationalisten ausliefern. Die Abschiebung dieser Menschen wäre nichts anderes als der Versuch unserer Innenminister und auch des Kölner Ausländeramtes, diese Menschen, die lebendigen Zeugen ihrer verantwortungslosen Kosovo-Politik, uns aus den Augen zu schaffen, sie zu entsorgen. Der Vorstand des Rom e.V. verlangt daher von den Innenministern und den zuständigen Ausländerämtern, bei der möglichen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo die Abschiebung von Roma zu unterlassen und ihnen endlich ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.

4. Die deutsche Politik ist durch die tatkräftige Unterstützung der UÈK, schon in deren Aufbauphase und durch ihre komplizenhafte Tatenlosigkeit angesichts der rassistisch motivierten Vertreibung der Roma 1999 schuldig geworden an der elenden heutigen Situation dieser Menschen. Wir erwarten, dass sich unsere Regierung zur Entschädigung der Roma, die alles verloren haben, bereit erklärt. Darf man vielleicht auch daran erinnern, dass die deutsch-albanische SS-Division „Skanderbeg“ ab 1942 schon einmal die Kosovo-Roma drangsalierte?

5. Die europäische und vor allem deutsche Entschlossenheit, die von den Albanern gewünschte Unabhängigkeit des Kosovo durchzusetzen, führt bereits dazu, dass die albanische Bevölkerung in der serbischen Südprovinz um Bujanovac bereits letzte Woche sogar die Abtrennung dieser Gebiete an einen albanischen Kosovo betreiben will (FAZ vom 20. Juli 2007). Die Bundesregierung muss jetzt endlich der irredentistischen Politik der großalbanischen Nationalisten entgegentreten und darf diese nicht länger dulden oder gar ermutigen.

Köln, 27.7.2007, ROM e.V.
Für den Vorstand: Kurt Holl ■

Amnesty International „extrem besorgt“ über Abschiebungen nach Kosovo

In einem umfangreichen Report warnt Amnesty International (AI) vor Abschiebungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Kosovo. Die Menschenrechtsorganisation zeigt sich „extrem besorgt“ darüber, dass einige europäische Staaten derzeit Vorbereitungen für Abschiebungen in den Kosovo treffen, obwohl die politischen Auseinandersetzungen um die Statusfrage nach Einschätzung von AI in neue Gewalt münden können. „Bis heute haben weder die UNMIK (UN-Übergangsverwaltung) noch die derzeitigen PISG (Provisorischen Selbstverwaltungsorgane) eine sichere Umgebung für die Rückkehr der Minderheitengruppen in Sicherheit und Würde geschaffen“, erklärt AI. Nach Schätzungen von AI sind nach Juli 1999 über 235.000 Serben, Roma und Mitglieder anderer ethnischer Minderheiten aus Kosovo geflohen. Nur etwa sechs Prozent sind seither zurückgekehrt.

Im Namen von 158 intern vertriebenen Roma hat die Anwältin Dianne Post im Februar 2006 eine Schadensersatzklage gegen die UN erhoben. Seit der Zerstörung der Roma Siedlung in Süd-Mitrovica im Juli 1999 lebten die Vertriebenen in Flüchtlingslagern, welche auf stark verseuchtem Boden gebaut wurden. Die Lager bestanden unter der Aufsicht der UN bis April 2006 – trotz der bekannten und dokumentierten extremen Gesundheitsgefährdungen durch giftige Bleiverseuchung.

Quelle: kosovoinfo.com ■

2. Integrationsgipfel im Kanzleramt

Am 12. Juli 2007 wurde auf dem 2. Integrationsgipfel der Nationale Integrationsplan in Anwesenheit von rund 90 Vertretern aus Migrantenselbstorganisationen, Politik, Wirtschaft und Verbänden sowie Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen verabschiedet. Rund 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen sollen dazu beitragen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Das reicht von der Sprachförderung in Kindertagesstätten bis zum Netzwerk Integration, das der Deutsche Fußballbund aufbauen will.

Bei der Verbesserung der Arbeitsmarktchancen greifen eine ganze Reihe von Selbstverpflichtungen ineinander. Die Türkische Gemeinde in Deutschland will ihre angelaufene Kampagne für eine bessere Ausbildungsbeteiligung in der Community verstärken. Es sollen 100 Bildungsbotschafter und -botschafterinnen als Multiplikatoren ernannt werden. Die Wirtschaft will die Betriebe verstärkt für Praktika und Betriebserkundigungen sowie gemeinsame Projekte mit Schulen öffnen. Auch die Gewerkschaften werden dazu beitragen, die Kooperation Schule – Arbeitswelt zu fördern und ihre Kompetenzen beim Aufbau kommunaler Netzwerke für Bildung, Integration und berufliche Perspektiven einbringen. Daneben wollen sie zu einer verstärkten interkulturellen Bildung beitragen.

Vier türkische Migrantenselbstorganisationen hatten ihre Teilnahme am Integrationsgipfel abgesagt. Grund: Diskriminierungen im Zuwanderungsgesetz. Kritisiert werden vor allem die Regelungen beim Ehegattennachzug und dabei insbesondere die Anforderung, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Dies gelte nicht für Länder, mit denen Deutschland über gute wirtschaftliche Beziehungen verfüge, wie die USA, Kanada oder Japan. Zudem müssen ausreichende finanzielle Mittel nachgewiesen werden und es ist zumutbar im Herkunftsland des Ehegatten zu leben. Dass hier der grundgesetzlich verankerte Schutz von Ehe und Familie gefährdet werde, sehen auch andere Organisationen so.

Integration gelingt nur bei Gleichberechtigung

Kommentar von Nihat Öztürk, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf/ Neuss

Begleitet von Protesten der vier größten türkischen Migrantenverbände fand am 12. Juli der zweite Integrationsgipfel unter Leitung der Bundeskanzlerin Merkel statt. Die Zukunft wird zeigen, ob der Gipfel eine bloße Showveranstaltung war oder ob tatsächlich Bund, Länder, Kommunen sowie Wirtschafts- und Sozialverbände ihre Selbstverpflichtungen einlösen werden. In einem Jahr wird Zwischenbilanz gezogen. Gut ist, dass auch die Konservativen endlich begriffen haben, dass die Einwanderung von Millionen Menschen in die Bundesrepublik kein Provisorium ist. Gut ist, dass die schwarz-rote Bundesregierung unter Angela Merkel die Integration als eine wichtige gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe angenommen hat. Gut ist auch, dass die richtigen Themen – Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt – im Fokus der Integrationsarbeit stehen sollen.



Spät – vielleicht zu spät? – wurde verstanden, dass die Integration eine Herausforderung ist, der sich Bund, Länder, Kommunen und alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen stellen müssen. Einschließlich der Migrantenselbstorganisationen. Schade nur, dass rund 30 Jahre versäumt wurden, bis diese Einsicht einkehrte. Solange ist es her, seit Heinz Kühn 1979 sein „Memorandum“ in der Zeit der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt vorlegte, mit der eindringlichen Forderung nach Gleichstellung der Arbeitsmigranten und ihrer Familien. Und mit der Forderung, bei der Integration die Schwerpunkte Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt zu stellen.

Bei allen Integrationsdefiziten, die landauf, landab beklagt werden, bleibt fairness halber festzuhalten, dass die bereits erfolgte und gelungene Integration von Millionen Migranten in der Bundesrepublik eine Eigenleistung dieser Menschen war. Die Politik der Bundesregierungen war bislang kein Motor für die Integration, sondern ein Bremsklotz. Erinnert sei hier an die jahrzehntelange Instrumentalisierung des „Ausländerthemas“ bei Wahlkämpfen, ebenso an die Botschaft an die Migranten, dass sie hier unerwünscht seien.

... Schnelles und wirksames Handeln tut heute Not, wenn man eine Marginalisierung und Verarmung von Migrantenfamilien verhindern will. Die drohende Verfestigung einer „städtischen Unterschicht“ ist eine gefährliche Entwicklung, da sie auch an ethnischen Linien festzumachen ist und somit der Ethnisierung und Selbstethnisierung sozialer Fragen ein Ventil eröffnet.

Die Gefahr der Marginalisierung ist deutlich daran erkennbar, dass der Aufschwung an den Migranten völlig vorbei geht. Die Arbeitslosigkeit unter Migranten ist extrem hoch. Noch dramatischer ist die Lage der wenig qualifizierten oder gehandikapten Migranten, die von Dauerarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Viele werden immer mehr in unsichere, prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt, die zudem gering entlohnt werden. Noch dringender ist der Handlungsbedarf bei den Enkeln der ersten Migrantengeneration. Seit Mitte der 90er Jahre verzeichnen wir einen Rückgang der Ausbildungszahlen unter dieser Gruppe. Freilich, die desolate schulische Bildung mancher Migrantenkinder führt schnell dazu, dass sie bei Einstellungstests scheitern oder schon vorher ausselektiert werden. Doch diesen jungen Menschen oder ihren Eltern alleine die Schuld für ihre Misere zuzuschieben, ist billig. Die Bundesregierung und andere Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sollten die Kritik der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ernst und das dreigliedrige deutsche Schulsystem kritisch unter der Lupe nehmen.

...Politiker, die sich permanent über „Parallelgesellschaften“ beklagen, sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass das deutsche Schulsystem selbst „Parallelgesellschaften“ produziert – und das sehr früh. Die Politik sollte aufhören, über die „Parallelgesellschaften“ zu lamentieren, solange sie an dem dreigliedrigen Schulsystem festhält, das aus der „alten“ Klassengesellschaft stammt und den Bildungsanforderungen einer modernen Gesellschaft in einer zunehmend globalisierten Welt nicht mehr genügt.

Und schließlich sollte die Bundesregierung die Kritik der türkischen Migrantenverbände ernst nehmen. Mag sein, dass ihr „Ultimatum“ an die Bundesregierung und ihr Boykott des Integrationsgipfels unklug waren. In der Sache haben sie mit ihrer Kritik an die Bundesregierung recht. Es ist nicht integrationsfördernd, wenn der Bundesinnenminister Zuwanderung und Integration fast ausschließlich aus Blickwinkel der Inneren Sicherheit betrachtet. Es ist nicht integrationsfördernd, wenn die Bundesregierung – trotz Bedenken der Migrantenverbände, des DGB und vieler Juristen – kurz vor dem Integrationsgipfel das Zuwanderungs- und Staatbürgerschaftsgesetz verschärft. Und schließlich ist es völlig unakzeptabel, dass die Bundesregierung Ungleichbehandlung und ethnische Diskriminierung in einem Gesetz festschreibt – ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz.

Ich hoffe, dass diese diskriminierenden Regelungen vom Bundesverfassungsgericht oder von der EU einkassiert werden. Denn: Integration gelingt nur bei Gleichbehandlung und Gleichberechtigung!

Unter der Adresse http://www.migration-online.de/data/integrationsplan_12.7.07.pdf kann der Integrationsplan heruntergeladen werden. Quelle: Artikel und Kommentar wurden der Publikation „Forum Migration August 2007“ entnommen. ■

Protest gegen kriegerische Eingreiftruppe und Städtepartnerschaft

HANNOVER. Am 13. Juli folgten ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem Aufruf eines Bündnisses (u. a. Attac, Friedensbüro, Die Linke, VVN/ BdA, Rote Aktion Kornstraße, Antifaschistische Aktion Celle, Anti-Kriegs-Bündnis, DFG-VK) gegen das „Sommerbiwak der 1. Panzerdivision im Stadtpark von Hannover".

Das Sommer-Biwak ist nach Aussagen der Veranstalter, der 1. Panzerdivision „das schönste Sommergartenfest in Europa", zu dem ca. 6000 Gäste eingeladen wurden.

Mit Auflagen, wie großräumiger Absperrung, Vorschrift über die Lautsprecherstärke und die Ausrichtung der Lautsprecher (nicht in Richtung des Veranstaltungsortes), einem massiven Polizeiaufgebot sowie Auflagen über die Demonstrationsroute sollte der Protest gegen die Veranstaltung eingeschränkt werden. Ein von der Polizei vorgeschlagenes „Kompromiss"angebot „auf Lautsprecher während der Demonstration zu verzichten" wurde abgelehnt. Trotz dieser Auflagen war der Protest wirksam. Auf dem Weg zu dem Veranstaltungsort wurden die ankommenden Gäste, unter ihnen vor allem Bundeswehrangehörige und ihre Familien, mit lautstarken Parolen gegen den Krieg und die Eingreiftruppen konfrontiert und an ihren Reaktionen konnte man entnehmen, dass ihnen der Inhalt des Protestes klar war.

Um welche wichtige Einheit der Bundeswehr es sich handelt ist der Internetseite der 1. Panzerdivision zu entnehmen:

„Die 1. Panzerdivision oder Division Eingreifkräfte ist ein Großverband des Heeres der deutschen Bundeswehr mit einer Stärke von deutlich über 10.000 Mann. Sie ist damit größer als die Stabilisierungsdivisionen des Heeres und es unterstehen ihr direkt zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit eine Vielzahl von Einheiten als Divisionstruppen. In der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" wurde sie in einem Bericht zu einem anderen Thema als „einzige Eingreifdivision und einer der renommiertesten Truppenteile der Bundeswehr bezeichnet. Ihr Stab ist in der Kurt-Schumacher-Kaserne in Hannover stationiert. Im Grundbetrieb ist die Division zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Dazu stellt die Division Kräfte für NATO- und EU-Eingreifkräfte, der NATO Response Force und EU Battle Groups. ... Die Division ist aber vor allem für einen Einsatz hoher Intensität gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner optimiert. Ausrüstung und Material ermöglichen einen guten Panzerschutz, hohe Feuerkraft und schnelle Beweglichkeit.



Soldaten der 1. Panzerdivision waren bisher in Kambodscha, in Bosnien Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan und in Kuwait eingesetzt. Bisher waren mehr als 7.650 Soldaten der Division im Auslandseinsatz. Für das 10. Kontingent SFOR / KFOR, das 7. Kontingent ISAF / Kabul und das 3. Kontingent ISAF / Kunduz / Enduring Freedom vom November 2004 bis Mai 2005 ist die 1. Panzerdivision als Leitdivision mit der Zusammenstellung der Einsatzkräfte und der Durchführung der einsatzvorbereitenden Ausbildung beauftragt. ..."

Zu der Patenschaft zur Stadt Hannover ist zu lesen: „Die Landeshauptstadt Hannover nahm 1983 die Patenschaft für die 1. Panzerdivision an. Hannoveraner und Niedersachsen haben die Division vor allem auf Grund der Katastropheneinsätze in Niedersachsen als „niedersächsische Division" angenommen. Aus der Idee, ein Sommerfest für Soldaten der 1. Panzerdivision mit dem zivilen Umfeld zu feiern, hat sich eine Traditionsveranstaltung entwickelt, die über einen großen Gästestamm verfügt und einen festen Platz im Terminkalender der Landeshauptstadt Hannover besitzt."

Nicht nur dass dieses Fest und damit die Patenschaft bekräftigt wird, hat die Stadt die Unterstützung jetzt noch verstärkt.

Generalmajor Langenfeld bedankte sich in seiner Begrüßungsrede: „Das 34. Sommerbiwak ist in diesem Jahr etwas Besonderes, denn zum ersten Mal in seiner Geschichte ist die ERSTE nicht alleiniger Veranstalter. Unsere Patenstadt hat sich spontan und sehr unkompliziert bereit erklärt, uns unterstützend zur Seite zu stehen. Diese Kooperation wird auch zukünftig das Sommerbiwak als festen Bestandteil des Veranstaltungskalenders unserer Landeshauptstadt erlebbar machen" .

Seit Jahren wird die Stadt von Friedensgruppen aufgefordert, die Patenschaft zu der 1. Panzerdivision aufzukündigen. Der ehemalige Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) antwortete auf dem letzten Antikriegstag in Hannover auf die Aufforderung, die Patenschaft aufzukündigen, die Bundeswehr sei eine Friedensarmee. In diesem Jahr begrüßte der neu gewählte Oberbürgermeister Weil (SPD) die Gäste. Aus seiner Rede: „.. Seit mehr als 20 Jahren stellen wir unsere Verbundenheit zur Bundeswehr mit der Patenschaft zur 1. Panzerdivision, dem Ausrichter des Abends, unter Beweis. Hannover ist und bleibt ein wichtiger Standort, der durch die Feldjägerschule künftig noch an Bedeutung gewinnen wird. ... Der festliche, aber doch ungezwungene Rahmen des Sommerbiwak bietet einen ausgezeichneten Anlass, die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Politik noch weiter zu verbessern."

Die Weigerung der Stadt, die Patenschaft aufzukündigen und diese sogar noch durch ihre Mitwirkung als Veranstalterin zu stärken, wird den Protest nicht aufhalten. Die Auflösung der Patenschaft bleibt auf der Tagesordnung.

bee ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Antikapitalismus von Rechts?

Nation & Europa Juli/August-2007

Die von der VVN/BdA initiierte und von vielen Prominenten unterschiedlichster politischer Überzeugungen unterstützte Kampagne NONPD, die auf ein neues NPD-Verbotsverfahren orientiert, ist erfolgreich, vielleicht erfolgreicher, als die Initiator(innen) gedacht hatten: Gut sechs Monate nach dem Start der Unterschriftensammlung haben bereits deutlich mehr als 100 00 Menschen die Forderung nach einem Verbot der Neonazi-Partei unterschrieben. Das tut den Rechten weh und sie spucken Gift und Galle: PETRA WERNICKE nimmt in der Juli/August-Doppelausgabe von „Nation & Europa“ unter der reißerischen (aber sachlich nicht falschen) Überschrift „Mit Kommunisten gegen ‚Rechtsexremisten‘: Ein Bischof namens Müller“ den Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller, einen der Erstunterzeichner der Kampagne, als „Hampelmann der VVN“ aufs Korn:

„Schon vor einigen Wochen hatte Müller seine als Bischof eigentlich erforderliche Überparteilichkeit aufgegeben, indem er zusammen mit bekannten Linksextremisten dazu aufrief, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten. Getragen wird die Kampagne von der kryptokommunistischen ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‘ (VVN/BdA). An ihrer Spitze und neben Müller auf der Unterschriftenliste steht der frühere Rektor der Ost-Berliner Humboldt-Universität, Heinrich Fink.... Nicht nur Fink gehört zu Müllers neuen Bündnispartnern. Auf der Liste stehen auch Altkommunisten, die sich noch immer als ‚Angehörige der Roten Armee‘ bezeichnen, weil sie im Zweiten Weltkrieg für Stalin gekämpft haben. Unter diesem sind die Kirchen in der Sowjetunion bekanntlich abgerissen oder in Schweineställe verwandelt worden. Christen kamen zu Millionen in den roten Vernichtungslagern um. Daß es ein katholischer Bischof trotzdem für angezeigt hält, mit den wohl uneinsichtigsten Vertretern jener Ideologie gemeinsame Sache zu machen, läßt erkennen, welche Art von ‚Demokratie‘ gemeint ist, die man vor der NPD schützen will. Ob sich der Vatikan die politischen Umtriebe seines Regensburger Statthalters einmal genauer anschauen wird?“

Aus diesen Zeilen hört man deutlich den getroffenen Hund bellen.

Wurde Nation & Europa unter der Hand von Marxist(inn)en übernommen? Bei folgenden Zeilen des N&E-Redakteurs KARL RICHTER könnte man auf den Gedanken kommen: „Bei alledem führt um eine Einsicht kein Weg herum: Die kapitalistische Weltordnung ist ein System, das nicht auf Gerechtigkeit, Breitenwohlstand und Langfristigkeit hin ausgelegt ist. Einmal zum Zuge gekommen, führt es im Gegenteil zur immer rascheren Aufzehrung aller verfügbaren Ressourcen, und weil die reale Welt der Waren und Werte mit dem immer größeren Bedarf an Börsenkapital immer weniger Schritt halten kann, ist das dicke Ende von Anfang an vorgezeichnet. Der große österreichische Ökonom Joseph A. Schumpeter... prägte dafür 1942 die euphemistische, aber zutreffende Formel von der ‚schöpferischen Zerstörung‘, die mit entwickelten kapitalistischen Verhältnissen einhergehe. Doch die Wahrheit ist viel brutaler: Der globale Kapitalismus läuft auf Kannibalismus und Vernichtung aller Lebensgrundlagen hinaus, das ultimative Rezept für die Apokalypse. Wer ihr in zwölfter Stunde in den Arm fallen will, muß zwangsläufig Globalisierungsgegner sein. Aber nicht von der unschuldig postmodernen Art wie in Rostock oder Heiligendamm mit viel modischem Eine-Welt-Tamtam ohne Substanz. Sondern konsequent, unbestechlich und realistisch“.

Kaum ein Wort, das Linke nicht unterschreiben könnten. Stutzig macht nur, dass ausdrücklich immer von „globalem Kapitalismus“ und von „Globalisierung“ die Rede ist. Für einen nationalen Kapitalismus, wäre er denn möglich, scheint Richters Beschreibung offenbar nicht zu gelten. In der Tat geht es dem Redakteur nicht um die grundsätzliche Kritik einer bestimmten, nämlich kapitalistischen, Art des Wirtschaftens sondern um die Kritik einer bestimmten Art dieser Wirtschaftsordnung. „Antikapitalismus von rechts“ richtet sich nicht gegen den Kapitalismus, sondern nur gegen das internationale Kapital, sprich gegen Kapital, das nicht aus Deutschland kommt. Er ist nicht wirklich kritisch, sondern zutiefst rassistisch:

„Erst dieser Tage variierte der in Bremen lehrende Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn im Berliner ‚Tagesspiegel‘ seine Warnung vor der kriegsauslösenden Wirkung der Bevölkerungsexplosion. Während den rohstoffabhängigen Industrieländern des Nordens schon jetzt der Nachwuchs für ihre Streitkräfte auszugehen droht, wächst der Bevölkerungsdruck aus dem Süden mit jedem Tag. Für Heinsohn erwächst den ‚jungen‘ Gesellschaften Afrikas und Asiens daraus nachgerade eine ‚Bevölkerungswaffe‘, die um so explosiver ist, als der Süden längst über nach Millionen zählende Brückenköpfe in Europa (und Nordamerika) verfügt. In der Vergangenheit gingen, folgt man dem Bremer Forscher, ‚Jungmännerüberschüsse‘ stets mit ‚Bürgerkriegen, Genoziden und Terror‘ einher, und es kam so gut wie immer zu blutigen Expansionen sowie zur Schaffung und Zerstörung von Reichen“.

So weit die Drohkulisse, für deren angeblich wissenschaftliche Seriosität ein politisch unverdächtiger Professor herhalten muss. Aber wie sieht Richters Vorschlag zur Lösung des Problems aus? Ganz einfach und klassisch rechts: „Gelingt es nicht, den farbigen Zustrom in die (Noch-)Wohlstandsinseln des Nordens zu stoppen, dann erübrigt sich die Diskussion über viele andere Fragen bald von selbst. Daß sich farbige Bevölkerungsmehrheiten, die dann in Europa tonangebend sein werden, um die Reform des Gesundheitswesens und die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Kopf zerbrechen werden, steht kaum zu erwarten“.

In der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und der kapitalistischen Globalisierung sollten Demokrat(innen)en wachsam vor falschen Freunden sein. *tri* ■